



Open Access Repository

www.ssoar.info

Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976 [1977]

Pappi, Franz Urban

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pappi, F. U. (2015). Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976 [1977]. *Historical Social Research, Supplement*, 27, 81-121. <https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.27.2015.81-121>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>


Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443549>

Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976 [1977]

Franz Urban Pappi*

Abstract: »Social Structure, Social Value Orientations and Voter Intentions: Results from a Temporal Comparison of the German Electorate, 1953 and 1976«. Social cleavages are defined as coalitions of large societal groups which are themselves organized in interest groups and other organizations with certain political parties. Overcoming the macro analysis of Lipset and Rokkan, value orientations are analyzed as micro mechanisms connecting social structural positions and voting behavior. By replicating survey questions in 1976 which were first asked in a 1953 survey, changes of in the relation between certain social structural positions and voting over time are documented. A major result is that the political re-orientation of the new middle class towards the Social Democrats was less driven by left economic attitudes than by increasing liberal attitudes towards marriage and family which are propagated by the SPD.

Keywords: Political conflict structures, social cleavages, societal value orientations, replication surveys.

1. Politische Konfliktstrukturen

Der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung oder Wahlabsicht wird häufig makrosoziologisch interpretiert. Wenn man z.B. weiß, daß Arbeiter mehrheitlich linken Parteien den Vorzug vor rechten Parteien geben, kennt man zwar ihre Wahlmotivation nicht im einzelnen, bezogen auf die Geschichte der Arbeiterbewegung kann man dieses Faktum aber als sinnvolle makrosoziologische Größe ansehen. Gesellschaften lassen sich z.B. daraufhin vergleichen, wie stark sich Arbeiter und Nicht-Arbeiter im Ausmaß ihrer Stimmabgabe für linke Parteien unterscheiden und aus diesen Vergleichen lassen sich Interpretationen der sozialstrukturell verankerten politischen Konfliktstrukturen gewinnen (vgl. z.B. Alford 1963). Mit einem Fachterminus bezeichnet man diese Konfliktstrukturen als „Cleavages“.

* Reprint of: Franz Urban Pappi. 1977. Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht: Ergebnisse eines Zeitvergleichs des deutschen Elektors 1953 und 1976. *Politische Vierteljahresschrift* 18 (2/3): 195-229.

Unter einem „Cleavage“ sei verstanden ein dauerhafter politischer Konflikt, der in der Sozialstruktur verankert ist und im Parteiensystem seinen Ausdruck gefunden hat. Stinchcombe (1974) hat mit guten Argumenten vorgeschlagen, „Cleavages“ am besten als Koalitionen zwischen Partieliten und bestimmten sozialen Gruppen aufzufassen. Partieliten streben nach Macht und wollen, wenn sie Macht haben, bestimmte Vorstellungen zur Gestaltung der Gesellschaft verwirklichen. Die Unterstützung, die die Partieliten bei den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen finden, bestimmt in einem demokratischen System den Grad der Zielerreichung. Die Koalitionen zwischen politischen Eliten und sozialen Gruppen werden geschlossen, wenn eine Gruppe zum ersten Mal politisch mobilisiert wird. Meistens bleibt es bei einer einmal geschlossenen Koalition, obwohl Änderungen in politisch unruhigen Zeiten vorkommen können. Erinnert sei an den Koalitionswechsel der Schleswig-Holsteinischen Bauern in der Weimarer Republik, die von liberalen Parteien über die Deutsch-Nationalen zur NSDAP wechselten (vgl. Lepsius 1966).

Der Mobilisierungsprozeß der großen sozialen Gruppierungen wie der Arbeiter, der Konfessionen und der Selbständigen ist seit mindestens 50 Jahren abgeschlossen (siehe zu den historischen Determinanten der in Westeuropa vorherrschenden Koalitionsstrukturen Lipset und Rokkan 1967). Es entstehen infolge des sozialen Wandels aber neue Gruppierungen, die ihre Option im Parteiensystem noch ausüben können. Bei aller Stabilität der Ergebnisse kann man sich das immer wache Interesse an dem Thema „Sozialstruktur und Wahlentscheidung“ nur so erklären, daß man möglichst frühzeitig auf sich anbahnende neue Koalitionen aufmerksam gemacht werden möchte, die eventuell die Kraft in sich tragen, das Stärkeverhältnis der bestehenden Parteien auf Dauer zu verändern. Ihrer Natur nach sind diese Änderungen eher lang- als kurzfristig, eignen sich also wenig zur Erklärung des Ergebnisses einer bestimmten Wahl, um so mehr zur Erklärung von Wahlergebnissen über einen längeren Zeitraum.

Koalitionen sind um so dauerhafter, je besser sie auf der Organisationsebene abgestützt sind und je mehr sie ideologisch gedeutet werden auf das Ziel hin, die Gesamtgesellschaft nach bestimmten Vorstellungen zu gestalten und nicht nur die Interessenposition der jeweiligen sozialen Gruppierung zu verbessern (siehe zu den Bedingungen der Kontinuität von Koalitionen auch Stinchcombe 1974, 578-82). Beide Bedingungen treffen auf die dauerhaften Koalitionen zu, die das deutsche Parteiensystem bestimmen: die Koalition der Arbeiter mit der SPD und die Koalition der Katholiken mit der CDU/CSU. Das deutsche Parteiensystem ist asymmetrisch, weil einer Partei der gewerkschaftlichen Wirtschafts-ideologie nicht eine primär ökonomisch konservative Partei gegenübersteht, sondern eine religiös traditionelle Partei. Freilich ist die Einstellung zu einem Konflikt statistisch nicht unabhängig von der Einstellung zur anderen Konflikttachse, so daß die beiden großen Parteien nicht unüberbrückbare Spannungen in Kauf nehmen müssen, wenn sie, positiv im Hinblick auf die eine Dimension definiert, die Gegner auf der anderen Dimension mitbetreuen. So kann die SPD

als Partei der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie antiklerikale Issues und die CDU als Partei des religiösen Traditionalismus ökonomisch konservative Issues vertreten. In religiös homogenen Ländern sind die Parteiensysteme in der Regel einfacher, weil symmetrisch, obwohl man auch dort die Möglichkeit nicht außer acht lassen darf, daß zum Klassenkonflikt ein religiös-laizistischer „Cleavage“ kommt.

Wenn man das Terrain soweit makrotheoretisch geklärt hat, stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien man die historisch entstandenen Konfliktstrukturen im Wahlverhalten gegenwärtiger Elektorate identifizieren kann. Kann man aus der historischen Kontinuität von Parteinamen und Parteiorganisationen schließen, daß die Cleavages nach wie vor existieren, die Anlaß zur Entstehung dieser Parteien waren? Oder muß nachgewiesen werden, daß dieselben sozialen Gruppen, die ursprünglich von dieser Partei mobilisiert wurden, immer noch überproportional diese Partei wählen? Lipset und Rokkan begnügen sich mit diesen beiden Kriterien, der Persistenz der Parteiorganisationen, vor allem auf der lokalen Ebene, und damit auch der Kontinuität der Parteialternativen, und der Rekrutierung derselben Kernklientel von einer Generation zur nächsten.

Wie bei der Explikation der Konfliktstruktur der Bundesrepublik angedeutet, erscheinen mir diese beiden Kriterien nicht ausreichend. Da politische Cleavages nur durch konkrete, issuezentrierte politische Auseinandersetzungen entstehen und erst dann durch sozialstrukturelle Verankerung auf Dauer gestellt werden können, erhält eine Konfliktstruktur erst über diese Issues und die ihnen entsprechenden ideologischen Grundpositionen eine Sinndimension. Dementsprechend sei als dritte Bedingung für die Identifizierung von Cleavages gefordert, daß sie sich in den parteibezogenen gesellschaftlichen Wertorientierungen auf der Wählerebene nachweisen lassen müssen. Damit diese Wertorientierungen auf Dauer im ursprünglichen Sinn, wenn vielleicht auch mit abnehmender Polarisierung, aufrechterhalten werden, ist wahrscheinlich von Zeit zu Zeit eine Aktualisierung der ideologischen Grundpositionen in konkreten Issues nötig. Für die zwei Hauptcleavages der deutschen Politik läßt sich nachweisen, daß sie auch nach diesem dritten, strengeren Identifikationskriterium auf der Wählerebene nach wie vor präsent sind (vgl. Pappi 1976, 85-131).

Als viertes Kriterium für die Identifikation von Konfliktstrukturen könnte man noch auf die Programmkontinuität der Parteien abheben. Wie bei der Persistenz der Parteiorganisationen handelt es sich dabei um einen Tatbestand, über den man üblicherweise mit Hilfe historischer Analysen Aufschluß gewinnt, auf jeden Fall nicht mit Hilfe von Querschnittsbefragungen des Elektorats. Da der Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung im folgenden allein auf der Wählerebene untersucht werden soll, kann das erste und vierte von mir genannte Kriterium nicht weiter problematisiert werden. Es sei angenommen, daß die Kontinuität der Parteialternativen und der Parteiprogramme für das deutsche Parteiensystem, zumindest für die Nachkriegsperiode, gegeben sei.

In Übereinstimmung mit Lipset und Rokkan und Stinchcombe gehe ich davon aus, daß die Konfliktstrukturen in bestimmten Mobilisierungsphasen entstehen und dann über längere Zeiträume die Parteienlandschaft prägen. Über die Fragestellung dieser Autoren hinausgehend habe ich Kriterien formuliert, die das Fortbestehen der alten Konfliktstrukturen in den heutigen politischen Systemen abschätzbar machen. Die Fragestellung wird dann weiter eingeschränkt auf die Bedingungen, die auf der Wählerebene erfüllt sein müssen, um sinnvoll die Stabilität oder den Wandel der Cleavages feststellen zu können. Ich unterstelle dabei einmal, daß die historischen Analysen von Lipset und Rokkan eine korrekte Rekonstruktion der Entwicklungsgeschichte westeuropäischer Parteiensysteme liefern, so daß man an sie auch bei der Analyse heutiger Parteiensysteme anknüpfen kann. Zum anderen sind die Identifikationskriterien auf alte Cleavages abgestellt. Dabei wird unterstellt, daß so lange keine große Notwendigkeit zur Suche nach neuen Cleavages besteht, wie die Parteilalternativen und die zentralen ideologischen Positionen selbst stabil bleiben. Veränderungen der alten Konfliktstrukturen werden zwar nicht abgestritten – im Gegenteil, durch die explizite Einführung der Sinndimension werden die Möglichkeiten für Veränderungen stark erweitert – aber wenn sie eintreten, dürften sie eher den Weg allmählicher Verschiebungen in der Zuordnung der Sozialstruktur zu den Parteien nehmen als den für Mobilisierungsphasen typischen Weg eruptiver und dramatischer Entwicklung. Auf solche allmählichen Verschiebungen aufmerksam zu machen, ist auch ein lohnendes Ziel der empirischen Wahlforschung. Ob man bei der Interpretation dann wieder etwas dramatisiert und versucht, den Trenddaten den Charakter von wenigstens „stillen Revolutionen“ abzugewinnen, erscheint manchmal mehr eine Darstellungs- bzw. Geschmacksfrage zu sein, denn eine wissenschaftliche Aussage (vgl. Inglehart 1971, 991-1017).

Im folgenden werden zunächst Änderungen der Wählerrekrutierung der beiden großen Parteien über einen Zeitraum von 25 Jahren besprochen. Erst vor dem Hintergrund dieser Entwicklungstrends kann dann die Fragestellung dieser Arbeit entwickelt werden: Lassen sich Veränderungen in den Wählerrekrutierungsmustern der Parteien in Zusammenhang bringen mit gruppenspezifischen Veränderungen der gesellschaftlichen Wertorientierungen? Dabei wird meine besondere Aufmerksamkeit der Frage gelten, ob bei der asymmetrischen Konfliktstruktur der Bundesrepublik sozioökonomische und religiöse Cleavages voneinander unabhängig sind, so daß Wandel in einen Bereich den anderen Bereich nicht tangiert. Man könnte ja z.B. vermuten, daß von der asymmetrischen Struktur der Konfliktsysteme selbst Veränderungsimpulse ausgehen, die z.B. im Sinn von Gleichgewichtstendenzen wirken könnten, so daß die beiden großen Parteien ihre Position auf der für sie sekundären Konfliktachse im Lauf der Zeit immer besser ausfüllen. So hätte sich z.B. die CDU/CSU stärker auf eine ökonomisch konservative Position und die SPD stärker auf eine laizistische oder antiklerikale Position festlegen können. In unserem Diskussionszusammenhang

interessieren dabei natürlich nur die Entwicklungstrends, die auf der Wähler-ebene ankommen.

2. Die Stabilität der Wählerrekrutierung

Die Zuordnung der großen sozialen Gruppierungen zu den politischen Parteien ist in der kurzen Geschichte der Bundesrepublik relativ stabil geblieben. Der entsprechende Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Wahlentscheidung ist von Bundestagswahl zu Bundestagswahl gut dokumentiert worden und außerdem existieren eine Reihe zusammenfassender Arbeiten (vgl. Pappi 1973, 191-213; Baker, Dalton und Hildebrandt 1975; Feist und Liepelt 1976, 26-56; Hildebrandt und Dalton 1977). Über die tatsächlichen Entwicklungstrends sind sich die genannten Autoren weitgehend einig, so daß ich mich hier mit einer knappen Darstellung begnügen kann. Bei der Interpretation der unbestreitbaren Ergebnisse sind allerdings charakteristische Abweichungen festzustellen, die es sich zu kommentieren lohnt.

In Modelle über den Einfluß der Sozialstruktur auf das Wahlverhalten übersetzt drücken sich die „Cleavages“, nach dem zweiten Identifikationskriterium der Wählerrekrutierung beurteilt, zum einen in der Konfessionswahl – als dem Unterschied zwischen dem Prozentsatz der CDU-Wähler unter den Katholiken und dem der CDU-Wähler unter den Protestanten – und zum anderen in der Schichtwahl aus – als dem Unterschied der SPD-Wahl zwischen Arbeitern und Angehörigen der Mittelschicht. Entgegen einer weitverbreiteten Erwartung ist die Konfessionswahl in der Bundesrepublik in den letzten 25 Jahren relativ stabil geblieben, trotz des seit Mitte der 60er Jahre verstärkt einsetzenden Rückgangs der Kirchgangshäufigkeit zum Beispiel. Dagegen hat die Bedeutung der Schichtwahl, zumindest seit den 60er Jahren, abgenommen. Hinter dieser Abnahme der Erklärungskraft der einfachen Schichtdichotomie „Arbeiter versus Mittelschicht“ für die Wahlentscheidung verbergen sich aber zwei unterschiedliche Trends. Zum einen hat sich der neue Mittelstand – die Angestellten und Beamten – in seiner Neigung zur SPD-Wahl stark an die Arbeiter angeglichen und zum anderen tendierte der alte Mittelstand im Zeitverlauf eher mehr als weniger zur CDU/CSU. Sieht man die Unterscheidung zwischen Selbständigen und Unselbständigen als Einteilung der Bevölkerung im Hinblick auf ihre Klassenzugehörigkeit an, so könnte man sogar überspitzt formulieren, daß die Schichtwahl an Bedeutung verloren habe, während die Klassenwahl etwas akzentuierter geworden ist (siehe Pappi 1976, Tabelle 23 und Schaubild 9 im Anhang).

Die Frage ist, wie man diese Veränderungen interpretiert. Würde man sich nur auf die jeweils tonangebende sozialwissenschaftliche Literatur mit ihren Deutungen der gesellschaftlichen Entwicklung verlassen, würde man also die Ideengeschichte direkt auf die tatsächliche Entwicklung beziehen, dann müßte man zu dem Schluß kommen, die in den 50er Jahren zu beobachtende Entwicklung zu

fortschreitendem Konsensus zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sei seit Ende der 60er Jahre gestoppt worden und durch die Klassenkämpfe des Spätkapitalismus abgelöst (vgl. zu diesem Argument für die deutsche Schichtungsdiskussion Müller und Mayer 1975). Eine derartige Interpretation stimmt allerdings nicht mit dem überein, was wir über die Stimmungslage der Wähler wissen. Ich will im folgenden nachzuweisen versuchen, daß in der asymmetrischen Konfliktstruktur der Bundesrepublik die erwähnten Veränderungen des sozio-ökonomischen „Cleavages“, d.h. die Angleichung im Wahlverhalten zwischen Arbeitern und neuem Mittelstand, verursacht worden sind durch einen Wandel der religiös fundierten Einstellungen. Ohne ein systematisches Einbeziehen von gesellschaftlichen Wertorientierungen ist man aber zunächst auf Vermutungen angewiesen, wie diese Verschiebungen in der Konfliktstruktur erklärt werden können. Auf solche Interpretationen sei hier zunächst eingegangen.

Eine gängige These zur Interpretation der Veränderung politischer Konfliktstrukturen ist die Konsenssthese, nach der die traditionellen Klassegegensätze mit zunehmender Industrialisierung und Modernisierung abnehmen würden. Folgt man der Periodisierung der Literatur, die Segal (1974, 38-9) vorgenommen hat, so war die Konsenssthese die in der politischen Soziologie vorherrschende Auffassung von etwa Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre. Eng mit diesem Ansatz verbunden waren die Konvergenztheorie, nach der sich kapitalistische und sozialistische Gesellschaften immer mehr angleichen würden, und die These vom Ende der Ideologien. So sehr diese Thesen ihre forschungsleitende Funktion in Bereichen wie der international vergleichenden Forschung verloren haben (vgl. z.B. als eine der möglichen Gegenthesen die Invarianznahme für die Autoritätscodes in den einzelnen Gesellschaften bei Baum 1977, 5-28), sind sie, bezogen auf die konkreten Probleme der Wahlsoziologie, durchaus nicht ganz obsolet geworden.

Als Vertreter der Konsenssthese kann man z.B. Feist und Liepelt ansehen, die für das deutsche Parteiensystem mit guten Argumenten einen Trend zur Mitte diagnostizieren. Dieser Trend zur Mitte manifestiere sich zum einen sozialstrukturell in Entwicklungen wie der Zunahme der Dienstleistungsberufe, der Angleichung im Konsumverhalten, bzw. der auch für die Zukunft zu erwartenden „weiteren Zunahme der konsumbewußten und aufstiegsorientierten Mittelschichtenberufe“ (Feist und Liepelt 1976, 47) und der steigenden Tendenz, auch von Arbeitern, sich subjektiv in die Mittelschicht einzustufen. Zum anderen sei der Trend zur Mitte von den Parteien auch politisch gefördert worden, was die Neigung der deutschen Wähler, sich bei Rechts-Links-Selbsteinstufungen in der Mitte einzuordnen, weiter verstärkt haben dürfte.

Mit Bezug auf das politische Verhalten habe der Trend zur Mitte eine zunehmende Bereitschaft zum Wechsel der Wahlentscheidung bewirkt. Die beiden großen Parteien, zuerst die CDU/CSU, dann die SPD, haben in den letzten Jahrzehnten zunehmend Wähler über ihre traditionellen Hochburgen hinaus mobilisieren können, d.h. einerseits über den traditionell katholischen und andererseits

über den Arbeiterbereich hinaus. Die Folge dieser Verbreiterung der sozialen Rekrutierungsbasis war eine Zunahme der Wechsel- oder Randwähler.

Der Wechsel der politischen Fronten wird im soziologischen Mittelbereich leichter vollzogen [...] Die traditionellen Wählerpotentiale der durch die Wertnormen der Arbeiterschaft umschriebenen Kontaktbereiche der SPD einerseits und vor allem der durch Bindungen an katholische Traditionen gekennzeichnete Teil des CDU/CSU-Einzugsbereichs andererseits haben weit geringere Fluktuationspotentiale als die Mittelschichten und die organisierten Randgruppen, in denen sich Einflüsse von Gewerkschaften, Kirchen und bürgerlich-liberalen Wertvorstellungen kreuzen (ebd., 44).

Zum Problem der Stabilität der sozialstrukturellen Wählerrekrutierungsmuster beziehen Feist und Liepelt eine Position, die man, in Anlehnung an Stinchcombe (Stinchcombe 1968, 57-79), als demographische Theorie des sozialen Wandels bezeichnen kann: Verändert habe sich nur die relative Größe der sozialstrukturellen Gruppierungen, die Art der Zuordnung von Sozialstruktur und politischen Parteien sei dagegen gleich geblieben. Implizit kommt diese Stabilitätsinterpretation darin zum Ausdruck, daß Liepelt und Mitarbeiter seit 1965 dieselbe sozialstrukturelle Wählertypologie verwenden. Zwar ist die Kontrastgruppenanalyse, die man ursprünglich zur Typenkonstruktion verwendete, inzwischen mehrfach mit neueren Daten wiederholt worden, neue Ergebnisse stellten sich dabei jedoch nicht ein (siehe Feist 1976, 227-36).

Kritisch ist hier anzumerken, daß ein exploratives Verfahren wie die Kontrastgruppenanalyse ein relativ ungeeignetes Instrument zur stringenten Überprüfung von Hypothesen über die Veränderung der Cleavages ist. Die sozialstrukturellen Prognosevariablen werden nach dem Prinzip der größtmöglichen Erklärungskraft für die abhängige Variable Parteipräferenz kombiniert. Der theoretisch interessierte Wahlsoziologe, der vor der Analyse Indikatoren für die einzelnen Cleavages festgelegt hat, wird durch Merkmalskombinationen überrascht, mit denen er nichts anfangen kann, besonders wenn unter die Prädiktoren die originären Einflüsse auf die Wahlentscheidung wie die Konfessionszugehörigkeit und intervenierende Variablen wie die Kirchengangshäufigkeit gut durchmischt eingehen. Diese Kritik sei expliziert mit einer Beschreibung der Merkmalskombinationen, die in der Typologie unter der Bezeichnung „neuer Mittelstand“ geführt werden: Es sind dies Personen ohne gewerkschaftliche und katholische Bindungen, die entweder selbst der Mittelschicht angehören und deren Vater Arbeiter war oder die selbst Arbeiter sind, sich aber subjektiv nicht in die Arbeiterschicht einstuften. So viel Mut zur Synthese muß den Analytiker erstaunen.

Die Frage nach der Stabilität der Cleavages unter dem Gesichtspunkt der sozialstrukturellen Wählerrekrutierung ist eine Frage nach der Stabilität der Konfessions-, der Schicht- und der Klassenwahl. Diese Begriffe wurden oben als Prozentpunktdifferenzen der CDU- bzw. SPD-Wahl zwischen den jeweiligen alternativen Ausprägungen der Cleavage-Indikatoren operationalisiert. Bezeichnet man mit Y die Wahlentscheidung, wobei mit 1 eine Entscheidung zugunsten der CDU und mit 0 eine zugunsten der SPD vercodet sei, unter Außerachtlassen

sonstiger Kategorien wie der FDP-Wähler oder der Nicht-Wähler, und bezeichnet man mit X die Konfessionszugehörigkeit (1 = katholisch, 0 = protestantisch), dann kann die Prozentpunktdifferenz als Steigung der folgenden „Regressionsgeraden“ ausgedrückt werden: $Y = a + bX$.

Über die Größe des Absolutgliedes a macht die Stabilitätshypothese keine Aussage. Für sie kommt es nur auf die b 's bei den verschiedenen Bundestagswahlen an. D.h. gleichzeitig, daß die Entscheidung über die Gültigkeit der Stabilitätshypothese nicht identisch ist mit einer Beantwortung der Frage, warum die SPD von 1957 bis 1972 einen stetigen Wählerzuwachs zu verzeichnen hatte. Die demographische Theorie des sozialen Wandels würde uns hier die Antwort geben, daß bei gegebener Stabilität von b die Zunahme der SPD verursacht sei zum einen durch eine Veränderung von X – so könnte z.B. der Anteil der Katholiken aus irgendwelchen Gründen abgenommen haben – und zum anderen durch eine Veränderung des Absolutgliedes, das als Durchschnittseffekt z.B. für die SPD günstige Einflüsse rein politischer Art widerspiegelt. Trotz einer klaren verbalen Festlegung von Feist und Liepelt auf eine demographische Theorie des Wandels¹ kann im Rahmen unserer engeren Fragestellung nach der Stabilität der rein sozialstrukturell definierten Cleavages aus den empirischen Ergebnissen von Feist und Liepelt abgelesen werden, daß diese Stabilität nicht durchwegs gegeben ist. Wenn die SPD z.B. 1969 und 1972 überproportionale Zuwächse aus dem Bereich des neuen Mittelstands erhielt, was von Feist und Liepelt als „Bürger Trend“ kommentiert wird, im Arbeiterbereich aber stabil blieb, kann man auf eine Veränderung der entsprechenden Prozentpunktdifferenzen schließen, also auf Nicht-Stabilität in diesem Teilbereich.

Eine stringente Überprüfung der Stabilitätsthese verlangt die alleinige und gleichzeitige Einbeziehung der Cleavage-Indikatoren zur Prognose der Wahlentscheidung. Eine einfache Aufgliederung der Wahlentscheidung nach dem Beruf des Haushaltsvorstands und der Konfessionszugehörigkeit ist als Datenbasis also ausreichend. Analysiert man eine solche Tabelle (vgl. Pappi 1973, Tabelle 4, die auch abgedruckt ist in Ballerstedt und Glatzer 1975, 461). mit Hilfe des von Goodman² vorgeschlagenen modifizierten Regressionsansatzes für Nominalskalen und beschränkt sich dabei auf die Zweiparteienwahl (Wahlentscheidung für die CDU/CSU oder die SPD), ist das hervorstechendste Ergebnis die Stabilität der Effektparameter für die Konfession und die Berufsgruppen der Arbeiter und Selbständigen (siehe Pappi 1976, Tabelle 24 im Anhang). Die einzige größere Veränderung des Cleavagesystems betrifft die

¹ Vgl. z.B. die folgende Aussage: „Der Trend zur politischen und zur soziologischen Mitte hat die Größenordnungen der Wählerfelder verändert. Die Bedingungen, unter denen die Netzwerke der sozialen Infrastruktur Wählermeinungen bilden und Wählerverhalten zustandekommen lassen, sind indessen die gleichen geblieben“ (Feist und Liepelt 1976, 48).

² Vgl. Leo A. Goodman, „The relationship between modified and usual multiple-regression approaches to the analysis of dichotomous variables,“ in Heise (1975, 83-110), und die dort angegebene Literatur.

Angestellten und Beamten, die sich aus der CDU-Nähe der 50er und frühen 60er Jahre in Richtung auf die SPD bewegten. Darüber hinaus sind zwei weitere Ergebnisse dieser Analyse bemerkenswert. So wirken erstens die Indikatoren des sozioökonomischen und des konfessionellen Cleavages additiv auf die Wahlentscheidung. Es gibt also in der Regel keine Sonderbewegungen, die Gruppen wie die katholischen Arbeiter oder die protestantischen Selbständigen vom Rest abheben würden. Zweitens nimmt von 1953 bis 1972 der Durchschnittseffekt zugunsten der SPD zu. Dies ist ein Hinweis darauf, daß abgesehen von der Sonderbewegung bei den Angestellten und Beamten die Gründe für das Anwachsen der SPD nicht in einer wesentlich anderen Zuordnung von Sozialstruktur und politischem Konfliktsystem liegen. Es muß sich vielmehr um Einflüsse handeln, die im wesentlichen gruppenunabhängig das ganze Elektorat erfaßt haben. Diese Einflüsse können z.B. im Issuebereich und in sich verändernden Bewertungen der Imagekomponenten der Parteien liegen (Klingemann 1973, 227-56).

Trotz der Eindeutigkeit dieser Ergebnisse gibt es Abweichungen in der Interpretation. In der einzigen Longitudinalanalyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlentscheidung, die meiner Analyse auch vom Methodischen her vergleichbar ist, kommentieren die Autoren Baker, Dalton und Hildebrandt (1975) nicht in erster Linie die b 's ihrer multiplen Klassifikationsanalyse für die einzelnen Bundestagswahlen, sondern die multiplen Korrelationskoeffizienten. Mit diesem Maß R^2 wird die Erklärungskraft des Modells insgesamt gemessen. Es zeigt sich nun, daß der Prozentsatz der mit sozialstrukturellen Variablen erklärbaren „Varianz“ der dichotom erfaßten Wahlentscheidung im Zeitverlauf abgenommen hat. Das multiple R beträgt für die Bundestagswahl 1953 0,48, für die Wahl von 1961 0,46 und nimmt bis 1972 über 0,44 (1965) und 0,41 (1969) auf 0,38 ab. Dieses Ergebnis wird interpretiert als Abnahme der traditionellen „cleavage politics“, die vor allem durch die wirtschaftliche Prosperität der Nachkriegszeit verursacht worden sei. Es liegt hier also eine weitere Version der Konvergenzthese vor, die einen Abbau der traditionellen Konflikte durch eine generelle Abnahme der Erklärungskraft sozialstruktureller Merkmale für das Wahlverhalten indiziert sieht, ohne sich damit schon auf Aussagen über mögliche, aus anderen als sozialstrukturellen Ursachen herleitbare Konfliktdimensionen festlegen zu müssen.

Da diese Interpretation zentral auf der unbestreitbaren Tatsache beruht, daß die Erklärungskraft der üblichen sozialstrukturellen Variablen für die Wahlentscheidung im Zeitverlauf abgenommen hat, lohnt es sich, der Frage nachzugehen, welche Faktoren im einzelnen diese Abnahme zustandebringen. Unbestreitbar nenne ich das Ergebnis von Baker et al., weil eine Reanalyse meiner Daten mit einem normalen Regressionsansatz ebenfalls ein kontinuierlich abnehmendes R^2 zeitigt, obwohl die b 's genau wie die Effektparameter der log-linearen Tabellenanalyse mit der einen Ausnahme der Angestellten und Beamten stabil sind. Diese eine Ausnahme trägt natürlich ihren Teil bei zur Abnahme der R^2 . Darüber

hinaus kann man aber nachweisen, daß die Veränderung der Rand Verteilung zuungunsten der Selbständigen ebenfalls entscheidend zum Rückgang des R^2 beiträgt. Nach der oben vorgenommenen Operationalisierung der sozialstrukturellen Cleavages hat eine Veränderung der Randverteilung eines Indikators aber nichts mit dem Cleavagesystem selbst zu tun. Insofern ist das R^2 im Gegensatz zu den b 's oder den Effektparametern der log-linearen Tabellenanalyse kein geeignetes Maß zur Messung von Stabilität und Wandel der sozialstrukturell definierten Cleavages. Im Rahmen einer sozialstrukturellen Makroanalyse lassen sich Kollektivitäten in der Form von Vergesellschaftungen (soziale Klassen) oder Vergemeinschaftungen (soziale Schichten, Religionsgruppen) isolieren, die als Kollektivitäten sinnvolle Bezugsgrößen sind. Die Zuordnung dieser Kollektivitäten zu den Parteien bestimmt das Cleavagesystem einer Gesellschaft. Größenveränderungen der Gruppen und Änderungen der Zuordnungen der Gruppen zu den Parteien sind zwei verschiedene Probleme, die nicht vermischt werden sollten. Wenn von den Hauptgruppen einer solchen Analyse nur eine einzige eine parteipolitische Umorientierung erkennen läßt, ist das Grund genug für die Interpretation von der grundsätzlichen Stabilität des Cleavagesystems. Diese Interpretation ist nicht identisch mit der Feststellung, für die Parteien habe sich nichts geändert. Bei im wesentlich gleichem Konfliktsystem können durch Veränderungen der Gruppengrößen mehr oder weniger einschneidende Schwerpunktveränderungen in der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaften der einzelnen Parteien eintreten, die, von den Parteien erkannt, wieder zu neuen Deutungsversuchen führen mögen. Noch haben solche Deutungsversuche aber das überkommene Konfliktsystem selbst kaum verändert.

Interpretationen der Verschiebungen in der Zuordnung von Sozialstruktur und Parteiensystem sind solange beliebig, als man nicht weiß, warum ein Teil der Wähler eine Umorientierung vorgenommen hat. Eine Teilantwort auf diese Frage soll in dem Abschnitt über Wertorientierungen gegeben werden. Mit einer rein sozialstrukturellen Analyse kann man diese Antwort auf keinen Fall erhalten.

3. Die Replikation von Umfragen: Datenlage und Analyseprobleme

Bis jetzt konnten empirische Ergebnisse über die Veränderung und Stabilität von politischen Konfliktstrukturen referiert werden, die bereits in der einen oder anderen Form veröffentlicht sind. Die Bedeutung von Wertorientierungen für die Vermittlung von Sozialstruktur und politischem Verhalten wird im nächsten Abschnitt mit Hilfe neuer Daten analysiert. Da bei dieser Analyse die Zeit als Variable explizit miteinbezogen wird, treten einige methodische Probleme auf, die in diesem Abschnitt diskutiert werden sollen.

Für die systematische Einbeziehung der Umfrageforschung in die Instrumente zur Erfassung sozialen Wandels hat sich Duncan (1969) ausgesprochen. Inzwi-

schen liegt auch ein Forschungsbericht von Duncan, Schuman und Duncan (1973) vor, in dem die Strategie der „replication of base-line studies“ in die Tat umgesetzt wurde. Entgegen der aus dem Namen dieser Strategie ablesbaren Intention geht es dabei in der Regel nicht um die Wiederholung ganzer Umfragen aus weiter zurückliegenden Zeitperioden zu späteren Zeitpunkten für eine vergleichbar abgegrenzte Population, sondern genauer um die „replication of items drawn from the original (base-line) surveys“ (ebd., 1), also um die gezielte Wiederholung von Einzelfragen. Die Fruchtbarkeit dieser Strategie steht und fällt mit dem für weiter zurückliegende Zeitpunkte zur Verfügung stehenden Umfragematerial. Bei der Auswahl von Vergleichsfragen aus weiter zurückliegenden Umfragen sind sowohl bestimmte methodische Anforderungen an die Studie als auch an die Einzelfrage zu stellen. Allerbeck spricht sich z.B. dafür aus, für Zeitvergleiche nur Umfragen zu verwenden, bei denen die Auswahl der Zielpersonen mit Hilfe einer Zufallsstichprobe erfolgt ist. Beim Quotenverfahren werde die Auswahl der Zielpersonen zu sehr in das Belieben der Interviewer gestellt, was bei unkontrollierten Fluktuationen im Interviewerstab zu unerkennbaren Verzerrungen führen könne (Allerbeck 1976). Dieses Argument könnte man freilich auch auf den Teil der Zielpersonen von Zufallsstichproben ausdehnen, der entweder nicht erreicht wird oder das Interview verweigert. Trotzdem bleibt unter dem Gesichtspunkt der insgesamt größeren Kontrolle des Auswahlvorgangs bei der Zufallsstichprobe das Argument Allerbecks stichhaltig.

Die Vergleichsfragen selbst müssen in den Vergleichsuntersuchungen identisch formuliert sein. Da man zum späteren Zeitpunkt die früher verwendete Frage jederzeit neu in eine Umfrage einbringen kann, wirft dieses Vorgehen solange keine Probleme auf, wie die Vergleichsfrage keinen Bedeutungswandel durchgemacht hat. Das Problem des Bedeutungswandels von identisch formulierten Fragen ist natürlich sorgfältig zu untersuchen und man wird wohl Allerbeck recht geben, der empfiehlt, zur Erfassung eines Sachverhalts in der Regel mehrere Indikatoren heranzuziehen. Je abstrakter allerdings die Einstellungsobjekte sind, um so geringer wird in der Regel die Gefahr eines Bedeutungswandels sein.

Neben derartigen methodischen Forderungen soll die ganz praktische Bedingung nicht unerwähnt bleiben, daß die Primärdaten der früheren Untersuchung für die nötigen Sekundäranalysen zur Verfügung stehen müssen. Im Gegensatz zu den Zeitreihenanalysen des polit-ökonomischen Ansatzes, bei denen es auf viele Beobachtungszeitpunkte über einen längeren Zeitraum hin ankommt und nicht auf eine Tiefengliederung des Elektorats (vgl. Kirchgäßner 1977), lebt der hier praktizierte Replikationsansatz, bei dem eine geringe Zahl zeitlich weit auseinanderliegender Umfragen verglichen wird, vom Untergruppenvergleich und von der Analyse der Beziehungsstruktur der Variablen untereinander zu den zwei oder wenig mehr Zeitpunkten, so daß man fast nie auf Forschungsberichte zurückgreifen kann, sondern die notwendigen Auszählungen neu erstellen muß. Gerade diese letzte Forderung schränkt die Zahl der geeigneten Studien aus den 50er Jahren stark ein.

Sowohl was die Stichprobe, die sorgfältige Durchführung der Feldarbeit, den Inhalt des Fragebogens als auch den zuletzt genannten praktischen Gesichtspunkt betrifft, scheint die Wahl der Reigrotzki-Studie optimal zu sein. Ziel dieser Studie war eine Bestandsaufnahme der Partizipation der 18- bis 79-jährigen Deutschen in den Bereichen Politik, Kirche, Organisationen und Freizeit. Die Feldarbeit wurde im Juli und August 1953 durchgeführt (vgl. die ausführliche Studienbeschreibung im technischen Anhang in dem Buch von Reigrotzki 1956; 253-97).³ Die geographische Ausdehnung der Umfrage umfaßte das Gebiet der damaligen Bundesrepublik ohne Berlin. Bei der Erstellung von Vergleichstabellen ist hier zu berücksichtigen, daß das Saarland damals noch nicht Teil der Bundesrepublik war. Aus dieser Reigrotzki-Studie wurden zwei Einstellungsfragen ausgewählt und in identischer Formulierung in den ZUMA-Bus 1976 eingeschaltet.⁴ Mit der identischen Erfassung der gesellschaftlichen Wertorientierungen sind noch nicht alle Probleme des Zeitvergleichs gelöst. Zwar werden Hintergrundmerkmale wie Religion und Beruf in allen Umfragen erhoben, gerade hier stößt die Vergleichbarkeit aber häufig an Grenzen. Dies gilt insbesondere für das Merkmal Beruf und zwar verstärkt dann, wenn es sich nicht nur um den Beruf des Befragten selbst, sondern um den anderer Personen wie z.B. des Haushaltsvorstands handelt (vgl. zu den Schwierigkeiten der Konstruktion vergleichbarer Berufsvariablen in der Umfrageforschung Allerbeck 1976, 25-6; Herz 1979).

Für die Erfassung der Schicht- und Klassenwahl kommt es auf eine entsprechende Einordnung eines möglichst großen Teils der Wählerschaft an. Eine berufliche Einordnung, die sich lediglich auf die Angaben der Erwerbstätigen über ihren jetzigen Beruf stützen würde, ließe etwa die Hälfte des Elektorats unberücksichtigt. In dieser Situation greift man häufig auf den Beruf des Haushaltsvorstands zurück, eine Variable, die es in der Reigrotzki-Studie nicht in der üblichen Form gibt. Hier wurde der Beruf des „Ernährers“ nur für Hausfrauen und Personen ohne Beruf erfaßt, für alle anderen Befragten, einschließlich z.B. der verheirateten berufstätigen Frauen, existieren nur Informationen über den eigenen Beruf. Da diese demographischen Fragen heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen, wird man bei Replikationen nicht unbedingt Wert auf identische Frageformulierungen legen, sondern vielmehr die einschlägigen Informationen in möglichst disaggregierter Form erheben, um bei der Bildung der Analysevariablen die nötigen Kombinationsmöglichkeiten zu haben. Dieser Strategie wurde bei der Erhebung der Hintergrundmerkmale im ZUMA-Bus gefolgt (vgl. Pappi 1979).

³ Für die Auszählungen habe ich die aufbereitete Fassung des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung benutzt, wo die Studie unter der Nummer 145 archiviert ist.

⁴ Es sei hier Herrn Prof. Wildenmann dafür gedankt, daß er die zwei Fragen in sein Fragenkontingent aufnahm.

Im folgenden Abschnitt werden die empirischen Ergebnisse des Zeitvergleichs zunächst in der Form von zweidimensionalen Tabellen dargestellt. Dabei werden die Ausprägungen der einzelnen Merkmale möglichst vollständig aufgeführt, um dem Leser Einblick in die Datenlage zu geben. Erst bei den stringenten Hypothesenprüfungen wird die Analyse auf die theoretisch relevanten Kategorien eingeeengt wie z.B. die Arbeitnehmer oder es werden Zusammenfassungen der Antwortkategorien vorgenommen. Die zu überprüfenden Modelle beziehen sich auf etwas komplexere Zusammenhänge zwischen mehr als zwei Variablen, so daß auch komplexere statistische Verfahren verwendet werden müssen. Solche Verfahren sind die log-linearen Tabellenanalyse und die hierarchischen Chi-Quadrat-Modelle, wie sie insbesondere von Goodman (1975) entwickelt worden sind.

Die Anwendung dieser Verfahren zur Analyse von Umfragereplikationen hat Davis behandelt. Sein zentrales Prinzip ist sehr einfach: „merge the two data files and treat time as a variable“ (Davis 1975, 75-104). Ohne auf die Technik im einzelnen einzugehen, seien kurz die drei möglichen Ergebnisse eines Zeitvergleichs vorgestellt, die Davis unterscheidet. Wenn sich die Randverteilung einer abhängigen Variablen wie z.B. der Parteipräferenz im Zeitverlauf ändert, wird das im log-linearen Modell als Einfluß der Zeit auf die abhängige Variable dargestellt. Man würde also bei einem Vergleich der Bundestagswahl 1972 mit der von 1953 sagen, daß Zeit (X_1) einen positiven Effekt auf den SPD-Anteil (X_3) hat. Im einfachsten Fall einer demographischen Theorie des sozialen Wandels könnte diese Zunahme erklärt werden z.B. mit der Zunahme der abhängig Beschäftigten (X_2). Wie im klassischen Fall einer intervenierenden Variablen würde der Zusammenhang zwischen Zeit und Parteipräferenz verschwinden, wenn man X_2 kontrolliert. X_1 übt einen Einfluß auf X_2 aus und X_2 auf X_3 während der direkte Einfluß von X_1 auf X_3 bei Kontrolle von X_2 gegen null tendiert. Nach Davis deutet sich bei Vorliegen solcher Ergebnisse ein genereller säkularer Trend mit konstanten Gruppendifferenzen an.

Die Unterschiede zwischen den sozialen Gruppierungen im Hinblick auf abhängige Variablen wie Einstellungen oder Parteipräferenz können sich aber auch angleichen oder größer werden. Davis übernimmt zur Kennzeichnung dieser beiden Möglichkeiten die zuerst von Glenn (1968, 172-80) bei der Analyse von Trenddaten eingeführten Begriffe der „massification“ und „polarization“. Ein Vereinheitlichungstrend würde sich in einem negativen Interaktionseffekt zwischen der Zeit und der intervenierenden Variablen in ihrer Wirkung auf X_3 ausdrücken, ein Polarisierungstrend in einem positiven Interaktionseffekt, wenn der ursprüngliche Effekt von X_2 auf X_3 ein positives Vorzeichen hatte. Bei negativem Vorzeichen des Effekts von X_2 auf X_3 würden die Interaktionseffekte ebenfalls ihr Vorzeichen ändern müssen, um entsprechend Vereinheitlichung oder Polarisierung zu bedeuten. Ich nehme hier an, daß der spätere Zeitpunkt jeweils als positive Ausprägung der Zeitvariablen erscheint und daß der Interaktionseffekt nicht größer ist als der Haupteffekt. Unter diesen Bedingun-

gen kann man den Tatbestand, daß sich Gruppendifferenzen über die Zeit angleichen oder auseinanderentwickeln, so mit der eben gemachten Aussage über die Größe und das Vorzeichen von Haupt- und Interaktionseffekten verbalisieren. Würde man die Mittelwerte der abhängigen Variablen über mehrere Zeitpunkte getrennt für die Ausprägungen von X_2 in ein Schaubild eintragen, müßten sich bei Vereinheitlichung zusammenlaufende und bei Polarisierung auseinanderlaufende Trendlinien ergeben.

Das einfache Dreivariablenmodell von Davis, bei dem X_2 für ein demographisches Merkmal steht, ist in unserem Fall nicht angemessen, weil hier nicht die Veränderung einer Randverteilung einer abhängigen Variablen erklärt werden soll. Der zu erklärende Sachverhalt ist etwas komplizierter und verlangt die Einbeziehung von mindestens vier Variablen einschließlich der Zeit. Das Explanandum ist bereits ein Interaktionseffekt, nämlich der zu erwartende Interaktionseffekt zwischen der Zeit und dem Beruf (Dichotomie zwischen Arbeitern und neuem Mittelstand) bei der Erklärung der Zweiparteienwahl. Wenn sich im Arbeitnehmerlager eine politische Angleichung im Zeitverlauf eingestellt hat, drückt sich das, modelltechnisch gesprochen, in einem Interaktionseffekt mit entgegengesetztem Vorzeichen wie beim Haupteffekt aus. Dieser Interaktionseffekt soll durch die Einführung von gesellschaftlichen Wertorientierungen als intervenierende Variablen zwischen Sozialstruktur und politischem Verhalten zum Verschwinden gebracht werden. Wenn der neue Mittelstand bestimmte für die SPD günstige Einstellungen in stärkerem Umfang als die Arbeiter erworben hat, könnte das eine überproportional gestiegene SPD-Neigung erklären. Bei Kontrolle dieser Einstellung müßte der Interaktionseffekt zwischen der Zeit und dem Beruf in seiner Wirkung auf die Wahlentscheidung gegen null tendieren.

4. Wertorientierungen als Vermittlung von Sozialstruktur und politischem Verhalten

Die Zentralität von gesellschaftlichen Wertorientierungen für die Identifikation von politischen Konfliktstrukturen wurde im Einleitungsabschnitt herausgearbeitet. Ohne diese Sinndimension wäre es auf der Makroebene des Elektorats nicht möglich, Aussagen über das Fortbestehen von Cleavages in ihrer ursprünglichen Bedeutung zu machen. Für die deutsche Wählerschaft kann man nachweisen, daß sich SPD- und CDU/CSU-Wähler schwerpunktmäßig in ihren gesellschaftlichen Wertorientierungen unterscheiden.

Gesellschaftliche Wertorientierungen seien hier in Anlehnung an Parsons definiert als „conceptions of the desirable type of society“ (1968, 136). Sie unterscheiden sich damit durch das Orientierungsobjekt Gesellschaft von den kulturellen oder persönlichkeitsbezogenen Wertorientierungen. In komplexen Gesellschaften kann der wünschenswerte Gesellschaftstyp nur mit Bezug auf die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche wie Wirtschaft, Religion, Politik usw.

sinnvoll erfaßt werden, so daß es sich anbietet, die Indikatoren der Wertorientierungen subsystem-spezifisch als alternative Beurteilungsmöglichkeiten der zentralen Agenten oder Organisationsformen der einzelnen Bereiche zu fassen. Dabei kann empirisch nachgewiesen werden, daß die Wertorientierungen der Bevölkerung eine Struktur aufweisen, indem einmal die Indikatoren eines jeden Bereichs konsistent organisiert sind und zum anderen die verschiedenen subsystem-spezifischen Einstellungssyndrome in einer bestimmten Ordnung zueinander stehen. Die Hauptdifferenzierungsachse verläuft von einer gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie auf der einen Seite zu einem religiösen Traditionalismus auf der anderen Seite, wobei sich auf der „linken“ Seite, wenn auch in deutlichem Abstand von der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie, auch post-materielle Einstellungen im Sinne Ingleharts (1977) befinden und auf der „rechten“ Seite, wenn auch wieder in deutlichem Abstand von den traditionellen Einstellungen im Bereich der Religion und Familie, ökonomisch konservative Einstellungen z.B. in Fragen wie dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats (siehe dazu die Analyse von Pappi und Laumann 1974, 157-88). Die Hauptdifferenzierung zwischen gewerkschaftlicher Wirtschaftsideologie und religiösem Traditionalismus entspricht genau der Hauptpolarisierung des Parteiensystems. Für den Zeitvergleich wurde aus jedem dieser zwei Einstellungssyndrome ein Indikator ausgewählt. Eine religiös traditionelle Einstellung wird im folgenden als Einstellung zur Ehescheidung operationalisiert; wer glaubt, Ehescheidungen sollten möglichst schwer gemacht werden oder Ehen sollten überhaupt unlösbar sein, gilt als religiös konservativ. Als Ersatz für eine mehr inhaltlich definierte Einstellung aus dem Bereich der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie dient eine direkte Frage zur Einschätzung des Verhaltens der Gewerkschaften: Verhalten sich die Gewerkschaften im großen und ganzen richtig oder nicht richtig? Die Beschränkung auf nur zwei Indikatoren ist uns leider von der Datensituation aufgezwungen. Da in anderen Untersuchungen aber nachgewiesen werden konnte, daß die zwei Einstellungssyndrome relativ konsistent organisiert sind – diese Aussage gilt jedenfalls für die Makroebene, wenn auch nicht unbedingt für die intraindividuelle Organisation – fällt die Beschränkung auf zwei Indikatoren nicht so stark ins Gewicht. Zumindest ansatzweise können Aussagen über Veränderungen der Einstellungen und ihrer Beziehungen zur Sozialstruktur und zum politischen Verhalten über einen Zeitraum von 23 Jahren gemacht werden. Damit es zu der auf der Makroebene zu beobachtenden Beziehung zwischen einer bestimmten sozialen Gruppierung, z.B. der der Arbeiter, einer bestimmten Ideologie, z.B. der der gewerkschaftlichen Wirtschaftsideologie, und schließlich zu einem bestimmten politischen Verhalten, nämlich der Wahlentscheidung zugunsten der SPD, kommt, muß diese Beziehung zuerst auf der Mikroebene der Individuen zustande gekommen sein. Damit ist das Problem des Zusammenhangs angesprochen zwischen dem makrosoziologischen Beschreibungsinstrumentarium von Konfliktstrukturen und Theorien zur Erklärung individuellen Wahlverhaltens. Ein möglicher Ansatz, der von einer direkten Entsprechung zwischen

Mikro- und Makroebene ausgeht, ist für die Vermittlungsfunktion der Wertorientierungen das individualistische Sozialisations- oder Lebenszyklusmodell. Nach diesem Modell werden gesellschaftliche Wertorientierungen in Abhängigkeit von der Position in der Sozialstruktur erworben. Anders ausgedrückt sind die sozialstrukturellen Variablen in erster Linie als Indikatoren für verschiedene abstrahierte Sozialisationsinflüsse relevant, von denen her das Verhalten jedes einzelnen Individuums zu verstehen ist. Der Bezug zum politischen Handeln wird dann über die Einstellung zu politischen Issues hergestellt. Einige Wertorientierungen sind nämlich in jeder Gesellschaft in Issues politisch aktualisiert. Die Stellungnahme zu diesen Issues hängt von den Wertorientierungen des einzelnen Wählers ab und beeinflusst dann unmittelbar seine Wahlentscheidung. Da die Wertorientierungen, wenigstens dem theoretischen Anspruch nach, im Persönlichkeitssystem verankert sind, sind sie nicht schnellen Wandlungen unterworfen und bürgen ihrerseits dafür, daß die von ihnen abhängigen politischen Einstellungen ebenfalls eine größere Stabilität erwarten lassen als eher kurzfristige Einstellungsphänomene, die z.B. in der Form von Valenz-issues in einzelnen Wahlkämpfen eine Rolle spielen (vgl. zu diesem Sozialisationsmodell Pappi und Laumann 1974).

Verbreiteter in der Wahlsoziologie als solche rein individualistischen Modelle sind Gruppenmodelle, die das individuelle Wahlverhalten sozialstrukturell erklären über die Identifikation mit bestimmten sozialen Kollektivitäten, zu denen manchmal auch die Parteien selbst gezählt werden, oder über die Interaktion mit Angehörigen der Kollektivitäten (vgl. zur Identifikations- und Interaktionstheorie Pappi 1976, 417-37). Auch für die traditionelle Interessentheorie ist die rein individuelle Analyseebene nicht ausreichend; hier werden zum Teil über Konstrukte wie die Klassenlage Aggregationsphänomene angesprochen und zum Teil wird auf intermediäre Instanzen wie z.B. die Interessengruppen Bezug genommen. Die Wahl einer bestimmten intervenierenden Variablen zwischen Sozialstruktur und politischem Verhalten läßt in der Regel noch nicht erkennen, welcher Erklärungsstrategie im einzelnen gefolgt wird, obwohl die Zahl der Alternativen dadurch bereits eingeschränkt wird. So läßt sich z.B. ein rein individualistischer Ansatz weniger leicht mit einem Vermittlungsmechanismus vereinen, der über die Gewerkschaften läuft, als ein Gruppenmodell. Es sollen hier nicht die Vor- und Nachteile der einzelnen theoretischen Ansätze erörtert werden; es genüge der Hinweis, daß sich diese Ansätze nicht gegenseitig ausschließen und wohl je einen Teil des individuellen Wahlverhaltens zu erklären vermögen. Eine interessante Fragestellung für einen Zeitvergleich wäre die Überprüfung der These, daß mit zunehmender Schulbildung und Integration in die nationale Nachrichtenszene individuellen Wertorientierungen und Issueinstellungen gegenüber den Gruppenbindungen an Bedeutung für das politische Verhalten gewinnen. In Anlehnung an eine Unterscheidung von Luce (1959, 330-52) könnte man eine individuelle und eine soziale Motivation zur Wahl einer bestimmten Partei unterscheiden und formulieren, erstere nehme auf Kosten

letzterer immer mehr zu wegen des irreversiblen Prozesses des „educational upgrading“ (vgl. die Analyse von Converse 1972, 322-37). Immerhin ist für das amerikanische Elektorat empirisch belegt, daß die Bedeutung der Issues für die Wahlentscheidung zugenommen hat und daß die Konsistenz der Einstellungen zu den verschiedenen Issues gestiegen ist (vgl. Nie, Verba und Petrocik 1976, 123-73; Miller und Levitin 1976, 61). Zusammen mit der abnehmenden Bedeutung der Parteiidentifikation würden diese Entwicklungen ebenfalls für eine Zunahme der individuellen Motivation sprechen, selbst wenn nur ein Teil dieser Entwicklung mit säkularen Veränderungen wie dem Steigen des Schulbildungsniveaus erklärt werden kann und ein anderer Teil mit Besonderheiten des amerikanischen Parteiensystems und dem Verhalten seiner politischen Führer in den 60er Jahren zusammenhängt. Im Rahmen unserer engeren Fragestellung der Vermittlung von Sozialstruktur und politischem Verhalten werde ich am Schluß dieses Abschnitts das relative Gewicht von organisatorischen Bindungen im Vergleich zu Wertorientierungen für die beiden Zeitpunkte 1953 und 1976 abzuschätzen versuchen. Dabei werden sich ähnliche Schwierigkeiten bei der Interpretation der Ergebnisse einstellen wie bei der amerikanischen Diskussion über die Zunahme der Issuekonsistenz (vgl. zu dieser Diskussion Converse 1975, 93-111).

Doch zunächst zu dem zentralen Anliegen dieses Aufsatzes: Kann man die einzige größere Veränderung im sozialstrukturell definierten Konfliktsystem der Bundesrepublik, nämlich die Angleichung des Wahlverhaltens des neuen Mittelstands an das der Arbeiter, mit einer schicht-spezifischen Veränderung der gesellschaftlichen Wertorientierungen erklären? Ich werde eine solche Erklärung versuchen. Meine These ist dabei, daß der Wandel der sozio-ökonomischen Konfliktstruktur bewirkt wurde durch Veränderung von gesellschaftlichen Wertorientierungen, die im Hinblick auf den religiösen Cleavage definiert sind. Konkret wird nachzuweisen sein, daß der neue Mittelstand die Säkularisierungswelle verstärkt mitgemacht hat, so daß er sich aus antiklerikalen oder antireligiösen Gründen von der CDU trennte, während eine Veränderung der Einstellung zum Wirtschaftssystem diesen Wandel nicht erklären kann. Zum Vergleich wird jeweils auf die Stabilitätsgründe für den religiösen Cleavage einzugehen sein. Die zu erklärenden Ausgangstatbestände werden mit unseren Daten in den Tabellen 1 und 2 (siehe Anhang) noch einmal bestätigt. Die Angestellten und Beamten haben auch im Vergleich der Bundestagswahlen 1953 und 1976 den stärksten SPD-Schub von allen größeren Berufsgruppen zu verzeichnen, so daß die Prozentpunktdifferenz der SPD-Wahl zwischen Arbeitern und neuem Mittelstand von 0,29 im Jahre 1953 auf 0,14 1976 halbiert wurde. Dagegen verminderte sich der Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken im Hinblick auf die CDU-Wahl nur minimal: von 0,26 im Jahre 1953 auf 0,21 1976.

Bei den Tabellen 1 und 2 soll neben den diversen Prozentpunktdifferenzen zu den zwei Zeitpunkten ein Blick auf die Ingesamtspalten nicht vergessen werden. Es zeigt sich nämlich, daß die Vorwahlsituation 1953 nicht so verschieden von der von 1976 war, was die Stärkeverhältnisse der drei Parteien CDU, SPD und

FDP betrifft. Zwar vereinigten 1953 die nicht in die Tabelle aufgenommenen kleinen Parteien mehr Wähler auf sich als zu allen späteren Zeitpunkten, darüber soll aber nicht die Tatsache übersehen werden, daß für das Forschungsproblem des „Genossen“ oder „Bürger Trends“ so nebenbei das Explanandum verloren ging. Für den geringen Unterschied von drei Prozentpunkten in der Stärke der SPD würde es sich nicht lohnen, einen großen Erklärungsaufwand zu treiben. Gleichzeitig wird an diesem Beispiel aber auch die Problematik eines Zeitvergleichs deutlich, in den nur zwei Zeitpunkte eingehen. Der eine der beiden Zeitpunkte könnte zu leicht ein ansonsten atypisches Stimmungstief für eine Partei erfassen. Von daher gesehen ist ein Randverteilungsvergleich insbesondere für Variablen, die starken kurzfristigen Schwankungen unterliegen, nicht sehr sinnvoll, während die Beziehung zwischen den Variablen zu den zwei Zeitpunkten sicher stabiler ist und sich daher auch besser als Forschungsproblem für Replikationsstudien eignet.

Durch die Konzentration auf die Drei- und später sogar auf die Zwei-Parteienwahl werden bestimmte Bewegungen im Elektorat nicht erfaßt. So bildeten die kleineren Parteien lange Zeit ein Stimmenreservoir für die großen Parteien, insbesondere für die CDU, was die Zunahme dieser Partei vor allem in protestantischen Regionen beförderte. Da diese Bewegungen aber das politische Konfliktsystem kaum verändert haben – gerade die Berufsverteilung unterscheidet sich regional ja sehr viel weniger als die Konfessionsverteilung – werden sie hier nicht berücksichtigt.

Eine naheliegende Erklärung für die Veränderung des sozio-ökonomischen Cleavages ist die Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterschaft und der Angestellten und Beamten. So könnten die Angestellten vor 25 Jahren schwerpunktmäßig in anderen Berufen beschäftigt gewesen sein als heute. Orientiert man sich an der international zu beobachtenden Zunahme der Wissenschaftler, der technischen und verwandten Fachkräfte (vgl. zum Trend Bell 1973, 123-64), die sich in erster Linie auf die Arbeitnehmerpositionen konzentrierte, so hat dieses Argument sicher einiges für sich. Ebenso wurde ein solches Argument zur Erklärung der in den 60er Jahren steigenden Anteile der SPD unter der Arbeiterschaft vorgebracht. In der Arbeiterschaft habe der Prozentsatz derer, die nur über eine Volksschulbildung ohne Lehre verfügten, stark abgenommen, was die steigenden SPD-Anteile insofern erkläre, als die Facharbeiter traditionellerweise mehr SPD wählen würden als die ungelernten Arbeiter (vgl. Allerbeck 1976, 44). Wie ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, ist diese Erklärung als generelle Trenderklärung etwas voreilig, weil 1976 nicht mehr ein Anstieg der SPD unter den Arbeitern zu konstatieren war, sondern gegenüber 1953 sogar ein leichter Rückgang. Wiederum erweist sich hier, daß die Interpretation von Randverteilungen – und seien es die innerhalb von sozialen Gruppen – problematisch ist. Generell muß man wohl davon ausgehen, daß die beruflichen Tätigkeiten der Angestellten sich stärker veränderten als die anderer Berufsgruppen. Immerhin sind die als neuer Mittelstand bezeichneten Berufsgruppen diejenigen, die insgesamt am stärksten

gewachsen sind. Ich will aus diesem Argument aber keine Erklärung für die Veränderung des sozio-ökonomischen Cleavages ableiten, und zwar aus zwei Gründen nicht: Solange erstens die Angestellten und Beamten von den Politikern als besondere Gruppe angesprochen werden und solange zweitens mit dieser groben Berufsklassifikation eine subjektive Einstufung in die Mittelschicht einhergeht, erscheint es mir sinnvoll, die entsprechende Gruppierung als Ganzes zu behandeln. Damit werden theoretische Ansätze, die die Ursache von Verhaltensveränderungen in Änderungen der Berufszusammensetzung suchen, auf dieselbe Stufe wie andere Ansätze gestellt, die Faktoren wie geänderte Wertorientierungen oder eine andere gewerkschaftliche Interessenorganisation ins Spiel bringen. Auf jeden Fall können die Vertreter der Berufskompositionsthese nicht mehr argumentieren, die Fragestellung selbst sei obsolet geworden, weil die fraglichen gesellschaftlichen Gruppierungen quasi ihre Identität verloren hätten. Die Berufskompositionsthese erscheint mir für die vorliegende Problemstellung als eine unter mehreren möglichen Hypothesen nicht sehr erfolgversprechend, weil der soziale Wandel in der Arbeitswelt die Schichtgruppierungen nur abgeschwächt erreicht. Unsere Berufsgruppeneinteilung ist nicht zuletzt deshalb so grob, weil die Wählerschaft möglichst vollzählig eingeordnet werden soll und nicht nur der Teil, der erwerbstätig ist. Gerade für die Nichterwerbstätigen sind viele Charakteristika der Arbeitsorganisation nicht relevant. Für sie bildet die grobe Aufteilung in manuelle und nicht-manuelle Berufe sozusagen den kleinsten gemeinsamen Nenner bei Bezügen zur Arbeitswelt. Diese Unterscheidung setzt sich somit in schichtrelevantes Verhalten um, andere Unterscheidungen nicht. Für die Schichtabgrenzungen der deutschen Gesellschaft scheint die Annahme einer relativ großen Stabilität gerechtfertigt.

Inwieweit sich die Wähler 1953 und 1976 im Hinblick auf den Umfang der Erwerbstätigkeit unterscheiden, kann der Tabelle 3 entnommen werden. Wie man erwarten würde, nahm die Zahl der Rentner und der Personen ohne Beruf, also in erster Linie der Schüler und Studenten, im Zeitverlauf zu. Auffällig ist, daß der Umfang der Erwerbstätigkeit selbst sich kaum veränderte, und zwar auch nicht bei den Frauen. Da man gleichzeitig weiß, daß die Erwerbsquoten der Frauen in den einzelnen Kohorten zugenommen haben (vgl. Allerbeck 1976, 29-31), ist anzunehmen, daß in der Wählerschaft insgesamt die Zunahme der Erwerbsquote der Frauen mehr als ausgeglichen wird durch den Anstieg des Anteils älterer Frauen, die nicht mehr erwerbstätig sind. Es ist in diesem Aufsatz aber nicht unser Ziel, Veränderungen des Elektorats weiter zu disaggregieren und z.B. zwischen individuellen Veränderungen und Veränderungen, die durch den Generationswechsel im Aggregat zustande kommen, zu unterscheiden. Für den globalen Vergleich der Wählerschaft von 1953 und 1976 bleibt festzuhalten, daß die Erwerbsquoten insgesamt sehr stabil geblieben sind. Für die Konstruktion unserer Berufsvariablen ist es wichtig zu wissen, daß der Anteil der Befragten, die nach dem Beruf ihres „Ernährers“ eingestuft wurden, ebenfalls in etwa gleich blieb. Der Rückgang der Kategorie der nicht-erwerbstätigen Hausfrauen – ein exakter

Vergleich der Prozentsätze ist hier nicht möglich, weil die Variablen 1976 aus Antworten auf mehrere Fragen rekonstruiert wurden, während 1953 eine Selbsteinstufung des Befragten ausreichte – wird ausgeglichen durch den Zuwachs der Kategorie der Rentnerinnen, für deren Schichteinstufung 1976 auf den Beruf ihres Ehemannes zurückgegriffen wurde. Die Veränderung der Randverteilung der sozialstrukturellen Cleavage-Indikatoren selbst ist in den Tabellen 4 und 5 dokumentiert. Wie erwartet, zeigt sich eine relative Stabilität bei der Konfessionsverteilung und ein erheblicher Wandel der Berufsstruktur. Wenn in unseren Datensätzen die Zunahme der Angestellten und Beamten und die Abnahme der Arbeiter manchem übertrieben erscheinen mag, so ist zu bedenken, daß bei den normalerweise verwendeten Aufgliederungen der Erwerbspersonen nach der Stellung im Beruf die Arbeiter ausländischer Nationalität mit ausgewiesen werden. Da diese zahlenmäßig erst für den späteren Zeitpunkt ins Gewicht fallen und da sie weiters in erster Linie in manuellen Berufen tätig sind, ist die Abnahme der Arbeiter bei den Erwerbspersonen nicht so ausgeprägt wie bei den wahlberechtigten Deutschen. Eine naheliegende Strategie zur Erklärung von Veränderung und Stabilität von Konfliktstrukturen wäre es, die Ursachen in den traditionellen Vermittlungsmechanismen der Gewerkschaftsmitgliedschaft und der Kirchengangshäufigkeit zu suchen. So könnten sich Arbeitssituation und Arbeitsmarktbedingungen von Arbeitern und Angestellten in den letzten 25 Jahren angeglichen haben, was die Angestellten verstärkt zum Beitritt zu einer Gewerkschaft veranlaßt haben könnte. Ein solcher verstärkter Organisationsgrad der Angestellten läßt sich aber empirisch nicht nachweisen (vgl. Tabelle 6). Zusätzlich muß man sich beim Setzen auf die traditionellen Vermittlungsmechanismen mit dem Problem auseinandersetzen, warum der Rückgang der Kirchengangshäufigkeit (vgl. Tabelle 7) sich nicht negativer auf die CDU/CSU ausgewirkt hat. Was allerdings die Konfessionswahl im oben definierten Sinn betrifft, kommt es nicht auf einen generellen Rückgang der Kirchengangsfrequenz an, sondern auf den Abstand zwischen Katholiken und Protestanten. Zieht man hier für den Zeitvergleich Fragen mit identischen Antwortkategorien heran, läßt sich nachweisen, daß der Abstand zwischen Katholiken und Protestanten im Hinblick auf die Kirchengangshäufigkeit gleich geblieben ist (vgl. Pappi 1976, Tabelle 36 im Anhang). Dieses Ergebnis harmoniert gut mit dem Tatbestand einer relativen Stabilität der Konfessionswahl im Zeitverlauf.

Die Randverteilungsveränderungen der gesellschaftlichen Wertorientierungen im Zeitverlauf folgen denselben Trends wie die traditionellen Vermittlungsmechanismen: relative Stabilität der Einstellung zu den Gewerkschaften und „dramatischer“ Einstellungswandel der Wählerschaft in der Frage der Ehescheidung (vgl. Tabelle 8 und 9). im Sommer 1953 waren 54 Prozent der Befragten mit einer eigenen Meinung mit dem Verhalten der Gewerkschaften im großen und ganzen einverstanden, 1976 59 Prozent; im gleichen Zeitraum fiel der Prozentsatz der Verfechter einer unauflösbaren Ehe von 37 Prozent auf ganze 6 Prozent. Bei der Einstellung zur Gewerkschaft ist bemerkenswert, daß der Prozentsatz der

Befragten ohne Urteil in dieser Frage stark abgenommen hat. Bei der Einstellung zur Ehescheidung ist ebenfalls eine diesbezügliche Abnahme zu konstatieren, nur war in dieser Frage bereits zum früheren Zeitpunkt der Grad der Meinungsbildung viel höher als bei der Einstellung zur Gewerkschaft. Die säkulare Bewegung hin zu einer stärkeren Politisierung der Wählerschaft betrifft den sozio-ökonomischen Cleavage also stärker als den religiösen (vgl. zur Politisierung Allerbeck 1976, 35-7).

Von der Politisierung werden außerdem die Angestellten und Beamten etwas stärker erfaßt als die Arbeiter. Gleichzeitig verringert sich der Unterschied zwischen beiden Berufsgruppen in der Einschätzung des Verhaltens der Gewerkschaften. Dies ist ein erster Hinweis auf eine Angleichung, allerdings eine, deren Folgen möglicherweise im Widerspruch zu unserer Ausgangsthese stehen. Wenn die Wahlverhaltensangleichung im Arbeitnehmerlager tatsächlich über die Einstellung zur Gewerkschaft vermittelt ist, könnte man argumentieren, daß die Angestellten und Beamten, trotz einer Angleichung ihrer ökonomischen Interessenposition an die der Arbeiter, als die „free riders“ der gewerkschaftlichen Lohnpolitik den Eintritt in die Gewerkschaft gar nicht zu vollziehen brauchten. Dafür sei wenigstens ihre Einstellung gegenüber dem DGB in den letzten 25 Jahren positiver geworden.

Es bleibt jetzt noch zu demonstrieren, daß die gesellschaftlichen Wertorientierungen überhaupt den erwarteten Effekt auf die Wahlentscheidung ausüben, bevor auf die Prüfung der formalen Modelle eingegangen wird. Dieser Effekt ist in der Tat zu konstatieren (vgl. die Tabellen 10 und 11). So wählten 1953 60 Prozent der Befragten, die mit dem Verhalten der Gewerkschaften übereinstimmten, die SPD, aber nur 28 Prozent derer, die damit nicht übereinstimmten. Ähnlich ausgeprägt ist der Zusammenhang zwischen der Einstellung zur Ehescheidung und der Wahlabsicht. Dabei ist auffällig, daß sich die Verteilung der Parteiwähler in den beiden Extrempositionen relativ wenig im Zeitverlauf geändert hat. Dagegen hat die CDU/CSU in den Mittelpositionen aufgeholt, d.h. bei den Befragten, die die Ehescheidung möglichst schwer gemacht, und denen, die es beim gerade gültigen gesetzlichen Zustand belassen wollen. Diese Zunahme in den Mittelkategorien gleicht einen Teil der für die CDU insgesamt negativen Entwicklung aus, was insbesondere zu Lasten der FDP geht, deren Wählerschaft sich heute stärker aus dem areligiösen Teil der Wählerschaft rekrutiert als früher.

Aus der Inspektion zweidimensionaler Aufgliederungen kann man keinen direkten Aufschluß über die Gültigkeit der uns interessierenden Hypothesen erhalten. Es muß deshalb jetzt auf die Besprechung der verschiedenen Modellüberprüfungen eingegangen werden. Zunächst ist in Tabelle 12 der zu erklärende Ausgangsbestand in Form der Effektparameter der log-linearen Tabellenanalyse festgehalten. Beschränken wir uns bei den Berufsgruppen auf die zwei Kategorien der Arbeiter einerseits und der Angestellten und Beamten andererseits und nehmen dazu die Merkmale Konfessionszugehörigkeit und Zeit mit in die Gleichung auf, so ist das unter 2.IV aufgeführte Modell am besten zur Prognose der

Zweiparteienwahl geeignet. Dabei bedeutet ein positiver Effekt, daß sich die bei der Auflistung der Merkmalsausprägungen jeweils erste Kategorie zugunsten einer Wahlentscheidung für die CDU/CSU auswirkt. Wenn ein Befragter katholisch ist, hat das einen Effekt von 0,53 zugunsten der CDU, wenn er Arbeiter ist, einen Effekt von $-0,44$ zuungunsten der CDU, d.h. in unserem Fall der Zweiparteienwahl, einen positiven Effekt von 0,44 für die SPD. Man könnte diesen Sachverhalt auch so ausdrücken, daß der Effekt der Kategorie „Beamter bzw. Angestellter“ für die CDU-Wahl $+0,44$ beträgt.

Aufschlußreich sind an dem Modell 2.IV von Tabelle 12 auch die Effekte, die ohne Schaden für den Prognosewert gleich null gesetzt werden können. Das sind alle Interaktionseffekte außer dem zwischen A und C, d.h. dem zwischen Zeit und Beruf. Formal bedeutet dieser Interaktionseffekt von 0,18, daß man für 1976 diesen Effekt zu $-0,44$ hinzu addieren muß, um den Einfluß des Berufs auf die Wahlentscheidung 1976 zu bekommen. Die Addition dieses Wertes vermindert aber den negativen Effekt auf $-0,26$, was nichts anderes bedeutet als eine Angleichung des Wahlverhaltens von neuem Mittelstand und Arbeitern. Dagegen erweist sich der kleine Rückgang in der Konfessionswahl nicht als statistisch signifikant (Differenz der Chi-Quadrate für die Spalten IV und V). Die Tatsache, daß der Interaktionseffekt zwischen Beruf und Religion ebenfalls nicht signifikant ist, berechtigt uns, im folgenden die beiden sozialstrukturellen Cleavages separat zu analysieren. Beruf und Religion wirken additiv auf die Wahlentscheidung.

Verwenden wir zunächst die Einstellung zu den Gewerkschaften als mögliche Erklärung für die Angleichung von neuem Mittelstand und Arbeitern, so zeigt sich in der Tat, daß sich beide Gruppierungen in dieser Einstellung ähnlicher geworden sind (vgl. Tabelle 13.1). Die Vermutung, daß diese Angleichung im Einstellungsbereich die Angleichung im Wahlverhalten erklären könnte, bestätigt sich aber nicht. Der Interaktionseffekt zwischen Zeit und Beruf ist gegenüber den Ergebnissen von Tabelle 12 nicht kleiner geworden. Eine solche Verkleinerung müßte eintreten, wenn wenigstens ein Teil der Wahlverhaltensangleichung über diesen intervenierenden Mechanismus laufen würde.⁵ Dies ist aber nicht der Fall.

Die Gründe für das Versagen der Einstellung zu den Gewerkschaften als Erklärung der Angleichung im Arbeitnehmerlager sind schwer auszumachen. Denn die Einstellung selbst ist im Zeitverlauf wichtiger für die Prognose der Wahlentscheidung geworden. Gleichzeitig sagt diese Einstellung die Wahl der Beamten und Angestellten besser voraus als die der Arbeiter. Der Abstand zwischen den Berufsgruppen ist in dieser Hinsicht im Zeitverlauf freilich konstant geblieben. Es hätte wahrscheinlich eines größeren Effekts der Dreierinteraktion bedurft (Zeit, Beruf, Einstellung zur Gewerkschaft), um angesichts der doch relativ un-

⁵ Auf die Berechnung der von Davis (1975) vorgeschlagenen normierten Effekte habe ich verzichtet, weil das im vorliegenden Fall nur den „Vorteil“ einer Begrenzung der Variationsbreite der Koeffizienten zwischen $-1,0$ und $+1,0$ gehabt hätte. Ein Größenvergleich der Effekte von Tabelle 12, 13 und 14 ist auch ohne diese Berechnung möglich.

bedeutenden Zunahme der positiven Einschätzung der Gewerkschaften den überproportionalen Anstieg der SPD-Stimmen bei den Angestellten und Beamten zu erklären. Diese Dreierinteraktion hätte inhaltlich bedeutet, daß für den neuen Mittelstand – im Gegensatz zu den Arbeitern – 1976 die Einstellung zur Gewerkschaft ein noch wichtigerer Prädiktor der Wahlentscheidung gewesen ist als 1953.

Schaltet man die Einstellung zur Ehescheidung als intervenierende Variable zwischen Zeit und Beruf einerseits und Wahlentscheidung andererseits, ergibt sich eine kleine Reduktion des Interaktionseffekts zwischen Zeit und Beruf (von 0,19 auf 0,12 in den saturierten Modellen, vgl. Tabelle 12 und 14). Außerdem sind die Arbeiter der Säkularisierungswelle etwas weniger stark gefolgt als die Angestellten und Beamten, so daß sich der Abstand zwischen den Berufsgruppen bezüglich der Einstellung zur Ehescheidung im Zeitverlauf vergrößert hat. Grundsätzlich sind die Arbeiter in diesen Fragen sowieso etwas konservativer eingestellt als der neue Mittelstand.

Dieses Ergebnis sei als schwache Bestätigung unserer These von der Veränderung des sozio-ökonomischen Cleavages infolge der schichtenspezifischen Dynamik der religionsbezogenen Einstellungen aufgefaßt. Es mag den Skeptiker immerhin überzeugen haben, daß man sich bei der Untersuchung der politischen Konfliktstrukturen nicht beschränken darf auf eine Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und politischem Verhalten. Erst die Einbeziehung der Sinndimension macht die – geringe – Dynamik der rein sozialstrukturell definierten Konfliktstrukturen verstehbar. Die Gründe der Stabilität des konfessionellen Cleavages sind aus den Modellrechnungen von Tabelle 15 ersichtlich. Im Gegensatz zu den komplexen Modellen für die Vermittlung von Beruf und Wahlentscheidung wird hier zum ersten Mal das additive Modell den Daten recht gut gerecht. Das ganze Beziehungsgefüge zwischen den Variablen bleibt stabiler als im Fall des Berufs. Eines zeigt sich jedoch auch hier: Die Bedeutung der Einstellungsvariablen für die Wahlentscheidung wird, selbst bei Kontrolle der sozialstrukturellen Variablen, im Zeitverlauf wichtiger.

Um dieses durchgängig zu beobachtende Ergebnis (vgl. den Interaktionsterm zwischen A und C in den Tabellen 13, 14 und 15) angemessen beurteilen zu können, soll zuletzt für den konfessionellen Cleavage 1953 und 1976 die Rolle der Kirchgangshäufigkeit und der Einstellung zur Ehescheidung gleichzeitig geprüft werden (vgl. Tabelle 16). Dabei zeigt sich, daß die Kirchgangshäufigkeit an Bedeutung für die Wahlentscheidung verloren hat, wenn man gleichzeitig den Einfluß einer religiösen Wertorientierung kontrolliert, und daß diese Wertorientierung umgekehrt für die Wahlentscheidung wichtiger geworden ist. Da die größere Bedeutung der Einstellungen und damit der individuellen Motivationskomponente gegenüber den organisatorischen Bindungen bzw. der sozialen Komponente im Zeitverlauf so durchgängig zu beobachten ist, muß hierin das Hauptergebnis des Zeitvergleichs gesehen werden. Dieser Trend sei als säkularer Trend aufgefaßt, der auf die durchschnittliche Anhebung des Schulbildungsni-

veaus und die stärkere Integration in den nationalen Nachrichtenfluß zurückzuführen ist.

Letztere These muß natürlich erst noch bewiesen werden. Eine mögliche Gegenthese wäre z.B., daß vor der Bundestagswahl 1976 Fragen der Gewerkschaftspolitik und der Ehescheidung stärker aktualisiert waren als 1953, worauf die Wählerschaft, situationsbezogen, in der Art der berühmten „echo chamber“ reagiert habe. Da hier aber nicht eine generelle Zunahme der Wichtigkeit von Issues behauptet wird, sondern nur die Zunahme ihrer relativen Bedeutung im Vergleich zu den organisatorischen Bindungen und da außerdem diese Zunahme in so verschiedenen Bereichen wie der Einstellung zu den Gewerkschaften und zur Ehescheidung zu konstatieren ist, kann die These eines säkularen Trends wohl eine größere Plausibilität beanspruchen.

5. Schlußfolgerungen

In diesem Beitrag wurden einige Gründe für Stabilität und Wandel der politischen Konfliktstrukturen in der Bundesrepublik untersucht. Die Dynamik des sozialen Wandels kommt im sozialstrukturellen Bereich voll in der Veränderung der Berufsstruktur zum Tragen, während im Wertebereich eher die religiös fundierten Einstellungen als die Wirtschaftsideologie betroffen sind – dies sei hier als These formuliert in dem Bewußtsein, daß ich mit meiner schmalen Datenbasis kaum etwas zu ihrer Bestätigung beigetragen habe (vgl. Kmiecik 1976, 3-39).⁶

Die Folgen des sozialen Wandels für die politischen Konfliktstrukturen sind einigermaßen komplex. Zwar hat sich in der stark gewachsenen Gruppierung der unselbständig Beschäftigten das Wahlverhalten angeglichen, erklärt werden kann diese Angleichung aber nicht mit Einstellungen, die sich auf das Wirtschaftssystem beziehen. Vielleicht können andere Replikationsstudien – auf der Basis eines breiteren Arsenal an Indikatoren für die Wirtschaftsideologie und eventuell bei Beschränkung auf die erwerbstätige Bevölkerung – diesen Befund korrigieren, vorläufig sind wir aber mit dem Tatbestand konfrontiert, daß die Wahlverhaltensangleichung zwischen Arbeitern und Angestellten und Beamten besser erklärt werden kann mit einer Veränderung von Wertorientierungen, die primär mit dem religiösen Bereich zusammenhängen, als mit einer Veränderung der Wirtschaftsideologie.

Mit diesem Aufsatz sollte kein genereller Beitrag zu einer Theorie des sozialen Wandels geleistet werden. Die Hypothesen wurden relativ eng auf die konkrete Konfliktstruktur der Bundesrepublik bezogen. Man kann aber natürlich fragen, was unsere Ergebnisse für eine allgemeinere Theorie des sozialen und politischen Wandels bedeuten. Bezieht man die Konsenssthese auf den Zusam-

⁶ Die Daten, die Kmiecik referiert, sprechen eher für als gegen meine Interpretation.

menhang zwischen sozialen Gruppen und Wertorientierungen und läßt das politische Verhalten als weitere abhängige Variable einmal außer Betracht, so würde man als Ergebnis, das die These bestätigt, eine zunehmende „massification“ erwarten, d.h. eine Angleichung der verschiedenen sozialen Gruppierungen in ihren Einstellungen. Hierzu sind unsere Ergebnisse nicht ganz eindeutig. Den Angleichungstendenzen zwischen Arbeitern und neuem Mittelstand in ihrer Einstellung zur Gewerkschaft und der Angleichung zwischen Protestanten und Katholiken in ihrer Einstellung zur Ehescheidung steht die Polarisierung der Arbeiter und Angestellten und Beamten in der Einstellung zur Ehescheidung gegenüber. Gleichzeitig muß man erwähnen, daß die entsprechenden Interaktionseffekte zwischen der Zeit und den Sozialstrukturmerkmalen in ihrer Wirkung auf die Einstellungen relativ klein sind. Zu einem ähnlich zwiespältigen Ergebnis ist Glenn bei seiner Untersuchung von Vereinheitlichungs- und Polarisierungstrends in der amerikanischen Gesellschaft gekommen. Seine Schlußfolgerungen scheinen mir auch für die deutsche Situation gerechtfertigt:

Until more evidence is in, sociologists should stop accepting on faith unsubstantiated claims about the nature of „mass society“ and should give more theoretical attention to influences that tend to perpetuate and enlarge intercategory differences (Glenn 1968, 179).

Fragt man nach der Bedeutung unserer Ergebnisse für die These von den postmateriellen Cleavages oder von der „neuen Politik“, hängt eine Antwort entscheidend davon ab, wie man die verschiedenen gesellschaftlichen Wertorientierungen und Issues als Indikatoren der „alten“ oder „neuen Politik“ verschlüsselt. Ist die Einstellung zur Ehescheidung z.B. ein Issue der „alten“ oder der „neuen Politik“? Empirisch läßt sich zeigen, daß der ursprünglich von Inglehart verwendete Indikator einer post-acquisitiven Einstellung stark negativ mit religiös konservativen Einstellungen korreliert (Pappi 1977). Von daher gesehen dürfte es, zumindest wenn nur wenige Indikatoren zur Verfügung stehen, schwer sein, zwischen den zwei möglichen Bedeutungen dieser Einzelindikatoren empirisch zu unterscheiden. So könnte man die folgende Interpretation sehr wohl mit unseren Ergebnissen vereinbaren: Die Wahlverhaltensangleichung zwischen Arbeitern und neuem Mittelstand sei zustande gekommen, weil die Arbeiter weiter aus Gründen der „alten Politik“ und der neue Mittelstand zunehmend aus Gründen der „neuen Politik“ die SPD wählen. Für welche Theorie man sich entscheiden soll, kann in diesem Fall nicht mit Hilfe der Daten entschieden werden. Die Voraussagen für die Zukunft würden allerdings verschieden ausfallen. So würde man aus der Tendenz zum Wertkonflikt zwischen materiell und postmateriell eingestellten Wählern nach der Argumentation von Inglehart einen mit stetigem Wirtschaftswachstum einhergehenden säkularen Trend ableiten, während eine Argumentation, die sich stärker auf die bestehende Konfliktstruktur eines einzelnen Landes konzentriert, auf die Kontinuität dieser Strukturen und Tendenzen für allmähliche Verschiebungen abheben wird. Zusammenfassend sei bezüglich der Veränderungschancen des gegenwärtigen Konfliktsystems der

Bundesrepublik aus letzterer Sicht gesagt, daß völlig neue Konfliktstrukturen solange unwahrscheinlich sind, als das Parteiensystem selbst relativ stabil bleibt. Diese Aussage ist nicht ganz tautologisch, weil die Stabilität des Parteiensystems nicht nur von der Entwicklung auf der Issue-Ebene abhängt, sondern auch von organisatorischen oder institutionellen Faktoren oder dem infrastrukturellen Unterbau, wie er von der Wählerseite her durch die Tradierung bestimmter Wahlnormen zur Verfügung steht. Die Parteien können zwar neue Issues aufgreifen und dies kann zu Veränderungen in der „politischen Großwetterlage“ führen. So könnte man sich vorstellen, daß bei einem Übergang von der sozial-liberalen zu einer „bürgerlichen“ Koalition die Bedeutung religiöser Issues wieder abnehmen wird, weil sie nicht zum Bereich der Gemeinsamkeiten der neuen Regierung gehören würden. Die organisatorische Kontinuität zusammen mit einer gewissen Kontinuität in den Programmschwerpunkten der einzelnen Parteien wird aber wahrscheinlich solange völlig neue Konfliktstrukturen verhindern, als massive Benachteiligungen neuer Vergesellschaftungen und Vergemeinschaftungen vermieden werden können.

References

- Albert, Robert R. 1963. *Party and Society*. Chicago: Rand McNally.
- Allerbeck, Klaus R. 1976. *Demokratisierung und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland – Sekundäranalysen von Umfragedaten 1953-1974*. Opladen.
- Baker, Kendall L., Russel J. Dalton, und Kai Hildebrandt. 1975. *Political Affiliations-Transitions in the Bases of German Partisanship*. ECPR-Tagung 7.-12.4.1975, London.
- Ballerstedt, Eike, und Wolfgang Glatzer. 1975. *Soziologischer Almanach*. Frankfurt a. M.
- Baum, Rainer C. 1977. Authority codes – the invariance hypothesis. *Zeitschrift für Soziologie* 6: 5-28.
- Bell, Daniel. 1973. *The Coming of Post-Industrial Society*. New York: Basic Books.
- Converse, Philip E. 1975. Public opinion and voting behavior. In *Nongovernmental Politics. Handbook of Political Science*, Bd. 4., hg. v. Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby, 93-111. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Converse, Philip E. 1972. Change in the American electorate. In *The Human Meaning of Social Change*, hg. v. Angus Campbell und Philip E. Converse, 322-37. New York: Russel Sage Foundation.
- Davis, James A. 1975. The log linear analysis of survey replications. In *Social Indicator Models*, hg. v. Kenneth C. Land und Seymour Spilermann, 75-104. New York: Russel Sage Foundation.
- Duncan, Otis Dudley. 1969. *Towards Social Reporting: Next Steps*. New York: Russel Sage Foundation (Social Science Frontiers 2).
- Duncan, Otis Dudley, Howard Schuman, und Beverly Duncan. 1973. *Social Change in a Metropolitan Community*. New York: Russel Sage Foundation.
- Feist, Ursula. 1976. Subjektive Indikatoren-Schwierigkeiten beim Design. *Transfer* 2: 227-36.

- Feist, Ursula, und Klaus Liepelt. 1976. Machtwechsel in Raten – Das Parteiensystem auf dem Weg zur Mitte. *Transfer* 2: 26-56.
- Glenn, Norval D. 1968. Massification versus differentiation: Some trend data from national surveys. *Social Forces* 46: 172-80.
- Goodman, Leo A. 1975. The relationship between modified and usual multiple-regression approaches to the analysis of dichotomous variables. In *Sociological Methodology 1976*. San Francisco: Jossey-Bass.
- Herz, Thomas A. 1979. Die Erfassung des Berufs in der deutschen Umfrageforschung. In *Probleme der standardisierten Erfassung von Hintergrundsmerkmalen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen*, hg. v. Franz Urban Pappi. Königstein: Athenäum Verlag.
- Hildebrandt, Kai, und Russel J. Dalton. 1977. Die neue Politik – Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik? *Politische Vierteljahresschrift* 18.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The Silent Revolution – Changing Values and Political Styles among Western Publics*. Princeton.
- Inglehart, Ronald. 1971. The Silent Revolution in Europe. *American Political Science Review* 65: 991-1017.
- Kirchgäßner, Gebhard. 1977. Wirtschaftslage und Wählerverhalten. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 510-36.
- Klingemann, Hans-Dieter. 1973. Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 227-56.
- Klingemann, Hans-Dieter, und Charles Lewis Taylor. 1977. Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues. *Politische Vierteljahresschrift* 18: 301-47.
- Kmiecniak, Peter. 1976. Wertstrukturen und Werwandlungen in der Bundesrepublik. In *Gesellschaftspolitische Zielsysteme – Sozialpolitische Indikatoren IV*, hg. v. Wolfgang Zapf, 3-39. Frankfurt a. M.
- Lepsius, M. Rainer. 1966. *Extremer Nationalismus*. Stuttgart.
- Lipset, Seymour M., und Stein Rokkan. 1967. Cleavage structures, party systems, and voter alignments: An introduction. In *Party Systems and Voter Alignments*, hg. v. dies., 1-64. New York: Free Press.
- Luce, R. Duncan. 1959. Analyzing the social process underlying group voting patterns. In *American voting behavior*, hg. v. Eugene Burdick und Arthur J. Brodbeck, 330-52. Glencoe, IL: Free Press.
- Miller, Warren E., und Teresa E. Levitin. 1976. *Leadership and change – The new politics and the American electorate*. Cambridge, MA: Winthrop.
- Müller, Walter, und Karl Ulrich Mayer. 1975. Social stratification and stratification research in the Federal Republic of Germany, 1945-1975. Konferenzpapier für die Tagung des RC28 der International Sociological Association in Turin, organisiert von Rocco Caporale.
- Nie, Norman H., Sidney Verba, und John R. Petrocik. 1976. *The Changing American Voter*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Pappi, Franz Urban. 1973. Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik. *Politische Vierteljahresschrift* 14: 191-213.
- Pappi, Franz Urban. 1976. *Sozialstruktur und politische Konflikte in der Bundesrepublik*. Habilitationsschrift, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln.

- Pappi, Franz Urban. 1977. *Sozialstruktur und Wahlverhalten in Großstädten*. Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung über „Strategien christlich-demokratischer Parteien in Großstädten,“ 11.-12.2.1977, Eichholz.
- Pappi, Franz Urban, und Edward O. Laumann. 1974. Gesellschaftliche Wertorientierung und politisches Verhalten. *Zeitschrift für Soziologie* 3: 157-88.
- Parsons, Talcott. 1968. On the concept of value-commitments. *Sociological Inquiry* 38.
- Reigrotzki, Erich. 1956. *Soziale Verflechtungen in der Bundesrepublik*. Tübingen.
- Segal, David R. 1974. *Society and Politics – Uniformity and Diversity in Modern Democracy*. Glenview, IL und Brighton: Scott Foresman.
- Stinchcombe, Arthur L. 1975. Social Structure and Politics. In *Macropolitical Theory, Handbook of Political Science*, Bd. 3., hg. v. Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Stinchcombe, Arthur L. 1968. *Constructing Social Theories*. New York: Harcourt, Brace and World.

Anhang

Tab. 1: Berufsgruppenzugehörigkeit und Wahlabsicht 1953 und 1976¹⁾

Wahl- absicht	Berufsgruppe ²⁾																	
	Arbeiter		Angestellte und Beamte		Selbstständige		Landwirte		Landwirtschaft- liche Ausbildung		In Berufsaus- bildung		Keine Angabe		Insgesamt			
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %		
CDU	37	41	58	47	56	65	79	77	56	45	64	40	—	49	51	48		
SPD	58	53	29	39	19	23	6	8	44	55	21	53	—	37	38	41		
FDP	5	6	13	14	25	12	14	15	—	—	14	7	—	14	11	11		
N	898	529	540	795	298	151	223	53	27	11	28	15	—	112	2014	1666		

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten in der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin, 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Beruf des Befragten bzw. des „Haushaltsvorstands“, genaue Definition siehe Fußnote 2 von Tabelle 4.

Tab. 2: Konfession und Wahlabsicht 1953 und 1976¹⁾

Wahl- absicht	Evangelisch ²⁾		Katholisch		Andere Konfession		Keine Konfession		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
CDU	38	39	64	60	35	60	20	29	51	48
SPD	46	48	29	32	40	27	74	55	38	41
FDP	16	13	7	8	25	13	6	16	11	11
N	953	827	987	712	20	15	54	112	2014	1666

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die 1976 erfaßten evangelischen Freikirchen wurden hier eingeordnet.

Tab. 3: Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen 1953 und 1976¹⁾

Erwerbstätigkeit	Männer		Frauen		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
1. Erwerbstätig	79	70	26	26	48	47
2. Berufsausbildung	2	1	1	1	1	1
3. Arbeitslos	4	2	1	1	3	1
4. Rentner	14	19	9	21	11	20
5. Hausfrau	—	—	60	47	35	25
6. Ohne Beruf	1	8	3	5	2	6
N	1348	915	1898	1001	3246	1916

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die Kategorien der Erwerbstätigkeit waren in der Reigrotzki-Studie so vorgegeben, wie hier aufgeführt. Für den ZUMA-Bus wurden die Kategorien aus mehreren Fragen rekonstruiert, der Frage nach der hauptberuflichen Erwerbstätigkeit (1), der Frage nach der Stellung im jetzigen Beruf (2) und der Frage nach dem überwiegenden Lebensunterhalt (3 und 4). Nicht-ledige Frauen, die nicht in der Kategorie 1 bis 4 fallen, werden als Hausfrauen bezeichnet. In der Kategorie „ohne Beruf“ finden sich in erster Linie Schüler und Studenten.

Tab. 4: Die Berufsgruppenzugehörigkeit der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten 1953 und 1976¹⁾

Berufsgruppe ²⁾	1953 %	1976 %
Arbeiter	45	35
Beamte und Angestellte	24	47
Selbstständige	15	9
Landwirte	12	3
Landwirtschaftliche Arbeiter	2	1
In Berufsausbildung	1	1
n	3244	1783
keine Angabe	0%	7%
N	3246	1916

¹⁾ Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-BUS.

²⁾ Bei Erwerbstätigen jetziger Beruf; bei Arbeitslosen und Rentnern früherer Beruf; bei Hausfrauen und weiblichen Rentnern, soweit nicht ledig, Beruf des Ehemanns; bei Personen ohne Beruf, Beruf des Vaters.

Tab. 5: Die Konfessionszugehörigkeit der deutschen Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten 1953 und 1976¹⁾

Konfession ²⁾	1953 %	1976 %
Evangelische Kirche	49	46
Evangelische Freikirche	–	3
Römisch-Katholische Kirche	47	43
Sonstige Religionsgemeinschaft	1	1
Keine Religionsgemeinschaft	3	7
N	3246	1916

¹⁾ Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-BUS.

²⁾ Die hier aufgeführten Konfessionskategorien waren 1976 dem Interview vorgegeben, 1953 war nur aufgeführt: Konfession (1) evangelisch, (2) katholisch, (3) andere, (4) ohne. Evangelische Freikirchen werden bei den anderen Tabellen zu den Evangelischen gezählt.

Tab. 6: Berufsgruppenzugehörigkeit und Gewerkschaftsmitgliedschaft des Befragten 1953 und 1976¹⁾

Gewerkschaftsmitgliedschaft ²⁾	Berufsgruppe ³⁾					
	Arbeiter		Angestellte und Beamte		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
ja	19	(21)	11	(19)	16	(20)
DGB	–	21	–	12	–	15
DAG	–	1	–	7	–	5
nein	81	(79)	89	(51)	84	(80)
N	1475	625	783	892	2258	1517

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ 1953 wurde unspezifisch nach Gewerkschaftsmitgliedschaft gefragt, 1976 getrennt nach DGB, DAG und CGD. Letzterer wurde in der Tabelle wegen fehlender Fälle nicht aufgeführt.

³⁾ Beruf des Befragten bzw. des „Haushaltsvorstands“, genaue Definitionen siehe Fußnote 2 von Tabelle 4.

Tab. 7: Konfession und Häufigkeit des Kirchgangs 1953 und 1976¹⁾

Häufigkeit des Kirchgangs	Evangelisch		Katholisch		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
regelmäßig	19		60		39	
wöchentlich		6		40		22
unregelmäßig	33		20		27	
monatlich		12		16		14
selten	36		12		24	
mehrmals im Jahr		31		18		25
nie	12		7		10	
selten oder nie		51		26		39
N	1594	949	1530	816	3124	1765

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die vorgegebenen Antwortkategorien waren 1953 und 1976 abweichend, so daß ein exakter Vergleich nicht möglich ist.

Tab. 8: Berufsgruppenzugehörigkeit und Einstellung zur Gewerkschaft 1953 und 1976¹⁾

Die Gewerkschaften verhalten sich ²⁾	Berufsgruppenzugehörigkeit ³⁾												Keine Angabe		Insgesamt	
	Arbeiter		Angestellte und Beamte		Selbstständige		Landwirte		Landwirtschaftl. Arbeiter		In Berufsausbildung		1953		1976	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
richtig	66	65	52	62	33	28	31	74	87	46	69	—	64	54	59	59
nicht richtig	34	35	48	38	67	72	68	26	13	54	31	—	36	46	41	41
n	697	420	368	665	221	125	36	19	8	24	13	—	85	1451	1352	1352
kein Urteil	53%	33%	53%	26%	55%	29%	69%	67%	38%	40%	28%	(100%)	36%	55%	29%	29%
N	1475	625	785	894	495	175	392	58	57	13	18	2	133	3246	1916	1916

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin, 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die Frage war in beiden Studien gleich formuliert: „Was finden Sie – verhalten sich die Gewerkschaften im großen und ganzen richtig oder nicht richtig?“

³⁾ Siehe Tabelle 4, Fußnote 2 zur Definition.

Tab. 9: Konfession und Einstellung zur Ehescheidung 1953 und 1976¹⁾

Die Entscheidung sollte gemacht werden ²⁾	Evangelisch		Katholisch		Andere Konfession		Keine Konfession		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
möglichst leicht lassen wie es ist	16	35	12	28	12	29	33	57	14	33
möglichst schwer unlösbar	37	25	28	31	28	24	26	14	32	27
n	1424	892	1378	767	32	17	81	123	2915	1799
weiß nicht	11%	6%	10%	6%	9%	6%	7%	8%	10%	6%
N	1594	949	1530	816	35	18	87	133	3246	1916

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die Frage war in beiden Studien gleich formuliert: „Was sagen Sie: Soll die Ehescheidung möglichst leicht gemacht werden oder möglichst schwer gemacht werden – oder sollten Ehen überhaupt unlösbar sein?“

Tab. 10: Einstellung zur Gewerkschaft und Wahlabsicht 1953 und 1976¹⁾

Wahl- absicht	Die Gewerkschaften verhalten sich ²⁾							
	richtig		nicht richtig		Kein Urteil		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
CDU	33	32	57	66	58	53	51	48
SPD	60	55	28	25	30	37	38	41
FDP	7	13	15	9	12	10	11	11
N	587	723	445	483	982	460	2014	1666

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die Frage war in beiden Studien gleich formuliert: „Was finden Sie – verhalten sich die Gewerkschaften in Deutschland im großen und ganzen richtig oder nicht richtig?“

Tab. 11: Einstellung zur Ehescheidung und Wahlabsicht 1953 und 1976¹⁾

Wahl- absicht	Die Ehescheidung sollte gemacht werden ²⁾											
	möglichst leicht		lassen wie es ist		möglichst schwer		unlösbar		weiß nicht		Insgesamt	
	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %	1953 %	1976 %
CDU	34	31	39	49	52	62	61	67	49	53	51	48
SPD	53	53	44	41	34	30	32	27	45	37	38	41
FDP	13	16	17	10	14	8	7	6	6	10	11	11
N	249	535	311	527	627	418	665	89	162	97	2014	1666

¹⁾ Deutsche Bevölkerung ab 18 Jahre in Privathaushalten der Bundesrepublik ohne Saarland und Berlin, 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

²⁾ Die Frage war in beiden Studien gleich formuliert: „Was sagen Sie: Soll die Ehescheidung möglichst leicht gemacht werden oder möglichst schwer gemacht werden – oder sollten Ehen überhaupt unlösbar sein?“

Tab. 12: Der Einfluß von Beruf und Religion auf die Wahlabsicht (Logarithmus von CDU/SPD) 1953 und 1976

Merkmalausprägungen

A Zeit: 1976 vs. 1953

B Religion: katholisch vs. nicht-katholisch

C Beruf: (1) Arbeiter vs. (2) Beamte und Angestellte vs. (3) Selbstständige ohne Landwirte

D Wahlabsicht: CDU vs. SPD

1. Beta-Effekte zur Voraussage von D mit B und C für 1953 und 1976

	Mittelwert	B	C1	C2	C3	Likelihood ratio χ^2 für additives Modell	
						χ^2	pr
D-53	0.44	0.55	-0.94	0.31	0.63	1.86	0.395
D-76	0.39	0.46	-0.63	-0.12	0.75	2.77	0.250

2. Beta-Effekte von A, B und C (ohne Selbständige) auf D

	Saturiertes Modell	Modellalternativen ¹⁾				
		I	II	III	IV	V
D Mittelwert	0.06				0.07	0.07
A	-0.05	–			-0.05	-0.05
B	0.52				0.53	0.53
C	-0.44				-0.44	-0.44
A * B	-0.03	–	–		–	-0.04
A * C	0.19	–	–	–	0.18	0.19
B * C	0.06	–	–	–	–	–
A * B * C	-0.00	–	–	–	–	–
χ^2	0	21.16	20.38	20.21	3.19	2.17
Freiheitsgrade	0	5	4	3	3	2

¹⁾ Die Minuszeichen in den jeweiligen Spalten geben an, welche Effekte a priori gleich Null gesetzt werden. Wenn das Modell die Ausgangsdaten nicht adäquat reproduzieren kann (zu hohes χ^2), wurde auf die Wiedergabe der restlichen β -Effekte verzichtet. 1953 Reigrotzki-Studie, 1976 ZUMA-Bus.

Tab. 13: Die Einstellung zur Gewerkschaft als intervenierende Variable zwischen Beruf (nur Arbeitnehmer) und Wahlabsicht 1953 und 1976

Merkmalausprägungen

- A Zeit: 1976 vs. 1953
- B Beruf: Arbeiter vs. Angestellte und Beamte
- C Die Gewerkschaften verhalten sich: richtig vs. nicht-richtig
- D Wahlabsicht: CDU vs. SPD

1 Beta-Effekte zur Voraussage von C mit A und B

	Saturiertes Modell	Modellalternativen			
		I	II	III	IV
C Mittelwert	0.46				
A	0.09		–		–
B	0.18			–	–
A * B	-0.11	–	–	–	–
χ^2	0	5.59	9.57	20.25	21.25
Freiheitsgrade	0	1	2	2	3

2. Beta-Effekte zur Voraussage von D mit A, B und C

	Saturiertes Modell	Modellalternativen						
		I	II	III	IV	V	VI	VII
D Mittelwert	-0.02					-0.02		-0.02
A	0.06	–				0.03		0.06
B	-0.44	–				-0.45		-0.44
C	-0.60					-0.62		-0.61
A * B	0.19	–	–			0.20		0.20
A * C	-0.10	–	–	–		–		-0.10
B * C	0.15	–	–	–	–	0.18		0.16
A * B * C	0.03	–	–	–	–	–	–	–
χ^2	0	79.63	26.19	13.22	7.42	3.03	12.65	0.20
Freiheitsgrade	0	6	4	3	2	2	2	1

1953 Reigrotzki-Studie
1976 ZUMA-Bus

Tab. 14: Die Einstellung zur Ehescheidung als intervenierende Variable zwischen Beruf (nur Arbeitnehmer) und Wahlabsicht 1953 und 1976

Merkmalausprägungen

A Zeit: 1976 vs. 1953

B Beruf: Arbeiter vs. Angestellte und Beamte

C Die Ehescheidung sollte gemacht werden: möglichst schwer bzw. unlösbar vs. leicht bzw. lassen wie es ist

D Wahlabsicht: CDU vs. SPD

1. Beta-Effekt zur Voraussage von C mit A und B

	Saturiertes Modell	Modellalternativen			
		I	II	III	IV
C Mittelwert	-0.01				
A	-0.71		-		-
B	0.08			-	-
A * B	0.07	-	-	-	-
χ^2	0	3.36	379.90	7.10	423.38
Freiheitsgrade	0	1	2	2	3

2. Beta-Effekte zur Voraussage von D mit A, B und C

	Saturiertes Modell	Modellalternativen						
		I	II	III	IV	V	VI	VII
D Mittelwert	0.07				0.06			0.06
A	0.04	-			0.03			0.04
B	-0.44	-			-0.43			-0.43
C	0.41				0.41			0.41
A * B	0.12	-	-		0.14		-	0.12
A * C	0.09	-	-	-	0.10	-		0.09
B * C	-0.06	-	-	-	-			-0.06
A * B * C	-0.02	-	-	-	-	-	-	-
χ^2	0	120.76	17.27	6.27	1.51	3.83	6.53	0.15
Freiheitsgrade	0	6	4	3	2	2	2	1

1953 Reigrotzki-Studie

1976 ZUMA-Bus

Tab. 15: Die Einstellung zur Ehescheidung als intervenierende Variable zwischen Konfession und Wahlabsicht 1953 und 1976

Merkmalausprägungen

A Zeit: 1976 vs. 1953

B Konfession: katholisch vs. evangelisch

C Die Ehescheidung sollte gemacht werden: möglichst schwer bzw. unlösbar vs. leicht bzw. lassen wie es ist

D Wahlabsicht: CDU vs. SPD

1. Beta-Effekt zur Voraussage von C mit A und B

	Saturiertes Modell	Modellalternativen			
		I	II	III	IV
C Mittelwert	0.10				
A	-0.75		-		-
B	0.24			-	-
A * B	-0.06	-	-	-	-
χ^2	0	3.01	538.87	65.25	603.84
Freiheitsgrade	0	1	2	2	3

2. Beta-Effekte zur Voraussage von D mit A, B und C

	Saturiertes Modell	Modellalternativen							
		I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
D Mittelwert	0.27						0.27	0.25	0.28
A	0.08	-					0.08	0.08	0.08
B	0.42	-					0.42	0.42	0.42
C	0.38						0.38	0.37	0.37
A * B	-0.01	-	-				-	-	-
A * C	0.06	-	-	-		-	0.06	-	0.06
B * C	0.08	-	-	-	-		0.08	0.08	-
A * B * C	-0.00	-	-	-	-	-	-	-	-
χ^2	0	128.15	6.75	5.93	3.78	2.12	0.04	2.13	4.79
Freiheitsgrade	0	6	4	3	2	2	2	3	3

1953 Reigrotzki-Studie

1976 ZUMA-Bus

Tab. 16: Religion, Kirchengang und Einstellung zur Ehescheidung als Determinanten der Wahlabsicht 1953 und 1976

Merkmalausprägungen

A Zeit: 1976 vs. 1953

B Konfession: katholisch vs. evangelisch

C Kirchengang: mindestens mehrmals im Jahr bzw. unregelmäßig vs. selten oder nie

D Ehescheidung sollte gemacht werden: möglichst schwer bzw. unlösbar vs. leicht bzw. lassen wie es ist

E Wahlabsicht: CDU vs. SPD

Beta-Effekte zur Voraussage von E mit A, B, C und D

	Satuiertes Modell	Modellalternativen			
		I	II	III	IV
Mittelwert E	0.15		0.15	0.15	
A	0.12		0.10	0.11	
B	0.32		0.29	0.29	
C	0.43		0.46	0.43	
D	0.10		0.08	0.10	
A * B	0.05		0.01	–	
A * C	–0.13		–0.13	–0.13	
A * D	0.32		0.28	0.29	
B * C	0.08		0.11	0.10	
B * D	0.02		–	–	
C * D	–0.07		–	–0.07	–
A * B * C	–0.04	–	–	–	–
A * B * D	0.09	–	–	–	–
A * C * D	0.02	–	–	–	–
B * C * D	0.00	–	–	–	–
A * B * C * D	–0.13	–	–	–	–
χ^2		10.56	12.90	10.74	12.99
Freiheitsgrade		5	7	7	7
pr		0.060	0.075	0.150	0.072

1953 Reigrotzki-Studie

1976 ZUMA-Bus